

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- Brexit ist auch eine Verfassungskrise
 - Gelbwesten: Kein Ende der Krise in Sicht
 - Mannheim: Die Linke im Kommunalwahlkampf: Alle reden vom Wohnen ...
 - EFBH schließt erste Vereinbarung mit europäischem Arbeitgeberverband ab
 - Brasilien nach der Wahl Bolsonaros
 - Kalenderblatt, Finnland, 19. Januar 1973: Das Recht auf Kinderbetreuung förderte die Gleichberechtigung auf den Arbeitsmärkten
- Mit Beilage „Rundschreiben Nr. 22 der Linke-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“*

Ausgabe Nr. 2 am 14. Januar 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Mannheim: Abschiebepolitik Seehofers greift durch gegen Kinder und Frauen

PRESSEMITTEILUNG GÖKAY AKBULUT, MDB DIE LINKE,
MANNHEIM

Innenminister Seehofer röhmt sich, die Zahl der Abschiebungen in den letzten Monaten erhöht zu haben und weiter drastisch erhöhen zu wollen. Diese Politik der Abschreckung und zugleich der Willkür gegenüber den Forderungen der AfD treibt seit Wochen das Verwaltungshandeln bis auf die kommunale Ebene zum Bruch rechtsstaatlicher und vor allem humanitärer Grundsätze.

Dem „Mangel an Abschiebungshaftplätzen“ soll außerdem mit der rechtswidrigen „Aussetzung des Trennungsgesetzes von Abschiebungs- und Strafgefangenen“ begegnet werden, ohne dass es im konkreten Fall gesellschaftliche, nachvollziehbare sachliche Gründe für die Abschiebungen gäbe. In vielen Fällen trifft es Familien, die bereits mehrere Jahre in Deutschland wohnen und deren Mitglieder einer Arbeit bzw. einer Ausbildung nachgehen. Darüber hinaus plant das Seehoferministerium ein Gesetz zur „besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ mit dem auch die Voraussetzungen für Sicherheitshaft vor geplanten

Abschiebungen gesenkt werden sollen.

Teil dieser inhumanen Abschiebepolitik ist offensichtlich schon seit Wochen die überfallartige Abschiebung besonders schutzwürdiger Menschen – von Kindern und Frauen.

So kam es bereits in der Zeit vor Weihnachten in Baden-Württemberg entgegen den Aussagen und den selbst gesetzten Grundsätzen zu Abschiebungen aus Schulen und Kindergärten: Am 10. Dezember wurde in Mannheim ein elfjähriger Junge aus der Johannes-Keppler-Gemeinschaftsschule von der Polizei abgeholt und zusammen mit seiner sechsjährigen Schwester, die aus dem Kindergarten geholt wurde, den Eltern und einem weiteren Kind nach Albanien abgeschoben.

„Abschiebungen aus Schulen und Kindergarten sind in besonderem Maße unmenschlich, weil sie die Funktion dieser Einrichtungen als geschützte Orte für Kinder und Jugendliche durchbrechen und, wie auch in diesem Fall deutlich wurde, ein ganzes Umfeld mittraumatisieren“, erklärte dazu Séan McGinley, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.

Aus Sicht des Flüchtlingsrats besonders brisant ist, dass die Landesregierung Baden-Württemberg gerade erst letztes Jahr behauptet hat, Abschiebungen aus Schulen würde es in Baden-Württemberg nicht geben. Nahezu zeitgleich mit der Abschiebung in Mannheim hatte die Stadt Mannheim eine Pressemitteilung herausgegeben, in der angekündigt wurde, die Stadt würde sich um die Verleihung des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“ bewerben und dazu einen Aktionsplan erarbeiten. Ein sofortiger Verzicht auf Abschiebungen aus Schulen und Kindergärten wäre ein Mindestbestandteil eines solchen Planes.

Beide Eltern der betroffenen Familie arbeiten in der Pflege. Seehofers inhumane Abschiebepolitik führt also auch noch dazu, dass Menschen, denen die Bundesregierung mit ihrem geplanten „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ doch angeblich die Einreise nach und Arbeit in Deutschland ermöglichen will, nur aus Zwecken der Abschreckung mit Zwangsmitteln abgeschoben werden, bevor sie möglicherweise eine Bleibeperspektive erhalten können. Selbst der baden-württembergische Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) spricht sich deshalb dafür aus, die Abschiebungen von Asylbewerbern auszusetzen, „die einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen“ (Schwäbische Zeitung, 9.1.2018), bis ein Einwanderungsgesetz in Kraft tritt.

Für Die Linke im Bundestag fordert die Migrations- und Integrationspolitische Sprecherin, Gökay Akbulut:

- Sofortiger Verzicht der Landes- und Kommunalbehörden auf Abschiebungen aus Schulen und Kindergärten!

• Unterstützung der Forderung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg nach einem neuen Winterabschiebestopp. Die Sammelabschiebungen in den Westbalkan müssen eingestellt werden, und es müssen Perspektiven zum Bleiberecht geschaffen und genutzt werden. Der aktuelle Umgang mit Geflüchteten aus dem Westbalkan ist beschämend und lässt jegliche Menschlichkeit vermissen.

- Sofortiger genereller Stopp von Abschiebungen und Sammelabschiebungen mindestens bis zur möglichen Nutzung von Bleibeperspektiven für die Betroffenen durch neue gesetzliche Einwanderungsregelungen.

Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

MATTHIAS PAYKOWSKI, KARLSRUHE

Für die deutsch-französischen Grenzregionen – Elsass und Lothringen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg – lädt der neue deutsch-französische Vertrag von Aachen in Artikel 14 für beide Seiten zu weitreichenden, auch neuen Kombinationen in den gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Gesundheit, Energie und Transport ein. Der Auf- und Ausbau gemeinsamer Organe in diesen Regionen fördert entsprechende Institutionalisierung. Artikel 15 verpflichtet beide Staaten zur Zweitsprachigkeit in den Regionen und Artikel 16 soll unter anderem Verbesserungen bei der Mobilität erreichen und nimmt sich die Angleichung von Standards beider Länder vor.

Dezentralisierte Zusammenarbeit, Aufwertung der Rolle der Gebietskörperschaften sowie Zweitsprachigkeit sind weitreichend, und die Anhänger des zentralistischen Nationalstaats in Frankreich mobilisieren: Dupont-Aignan (France Debout) und Le Pen (RN) und auch LR, die Republikaner, beklagen den Verlust staatlicher Souveränität, es handle sich um Verrat, einen „Versailler Vertrag“, den stückweisen Verkauf und das Zerbröckeln der Souveränität Frankreichs.

Auch La France Insoumise und Mélenchon üben diese Kritik. Sie hatten bereits Ende 2018 angekündigt, das Vertragswerk nicht zu unterzeichnen. Der Vertrag schließe andere europäische Staaten aus und belaste die historischen Beziehungen Frankreichs zu anderen Ländern. Er enthalte Bestimmungen, die dem „spezifischen republikanischen Charakter Frankreichs als Einheitsstaat“ widersprüchen. Die Zuweisung erweiterter Kompetenzen und sogar von Rechten des „legislativen Experiments“ an „europäi-

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHIET ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzner (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros). Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

sche Bezirke“ stelle einen institutionellen Kurswechsel dar. „Es ist eine Sache, Unabhängigkeit ansprüche zu berücksichtigen, wenn sie existieren und wenn das Volk sie durch seine Stimme bestätigt. Es ist ein anderes, die Zerstückelung der kollektiven Souveränität des Volkes in konkurrierende „Bezirke“ zu propagieren und den Prozess der Zerstörung des Nationalstaates einzuleiten, dem einzigen gegenwärtigen Rahmen, in dem diese Souveränität ausgeübt wird. Wir wollen ein Europa der Völker. Wir lehnen risikante Experimente ab, die mit dem Sieg über Frankreich beginnen.“

Quellen: (1) Im Vertrag, Artikel 4: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1570126/c720a7f2e1a0128050baaa6a16b760f7/2019-01-19-vertrag-von-aachen-data.pdf>; (2) Blog Melenchon: <https://melenchon.fr/2018/01/03/non-monsieur-de-rugy-ne-signerons/>

„YA ME YE“ – HDP will aus den Kommunalwahlen ein Referendum zur Demokratie machen

RUDOLF BÜRGEL, KARLSRUHE

Am 31. März finden in der Türkei die Kommunalwahlen statt. Die HDP hat in der Türkei ihre Kandidatenlisten aufgestellt. Im Westen der Türkei kandidieren auf den Listen der HDP viele Mitglieder aus unterschiedlichsten Organisationen und Bewegungen. In den kurdischen Gebieten tritt sie erstmals in Allianzen mit anderen kurdischen Parteien und Verbänden unter dem Dach der HDP an. Kein Tag vergeht, ohne Repression gegen die Kandidaten und Verhaftungen. Gegenwärtig befinden sich über 5000 HDP-Mitglieder im Gefängnis, darunter eine derzeitige Abgeordnete und acht ehemalige sowie 59 amtierende Bürgermeister*innen. Aus den Wählerverzeichnissen geht hervor, dass zusätzlich 14 000 Soldaten und Polizisten zu den Wahlen in die kurdischen Hochburgen verlegt werden. Es gibt Adressen, an denen auf einmal über 100 Leute in einer Wohnung gemeldet sind. Im Januar wurden in zwei Wochen auf Antrag der HDP 12 500 Wahlregistrierungen annulliert, weitere knapp 20 000 ebenfalls offensichtlich gefälschte Eintragungen aber bestehen gelassen. Die HDP kämpft um die Rathäuser und Verwaltungen in den kurdischen Gebieten mit dem Slogan „YA ME YE“, was im übertragenen Sinn bedeutet: Die Kommunen gehören uns allen. Die HDP setzt gegen die Präsidialherrschaft Erdogans und die Entmachtung des Parlaments auf demokratischen Strukturen in den Kommunen.

Yurdusev Özsökmenler, stellvertretender Ko-Vorsitzende für Lokalverwaltungen der HDP erläutert die Strategie: „Wir bereiten uns auf die Kommunalwahlen



alk Etwa 500 Teilnehmer waren bei der gemeinsamen Demonstration der Kreisverbände von FDP, Freien Wählern und CDU am 9. Februar auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Das war aber eher der Versuch, im Vorfeld der Gemeinderatswahl Stimmungen abzufangen (einiger Sprechchor: „Grüne weg“), als dass hiermit die an die „Gelbwesen“ angelehnten Anti-Dieselverbots-Demonstrationen ihren parlamentarischen Arm gefunden haben. Die in den Vorwochen bis zu den 1200 Demonstranten vom Neckartor gegen Diesel Fahrverbote, organisiert von einem Porsche-Beschäftigten, waren auf dem Schlossplatz gar nicht vertreten, sie machten im Anschluss eine eigene Kundgebung mit rund 1000 Teilnehmern. Die „Stuttgarter Zeitung“ berichtete ohne Kommentar. Für die Landesregierung erklärte Ministerpräsident Kretschmann, er rechne nicht damit, dass die CDU wegen der Fahrverbote die Koalition aufkündige – eine andere Regierung „müsste sich ja auch an das Recht halten“.

mit dem Ziel vor, alle unter Zwangsverwaltung stehenden Gemeinden in Kurdistan zurück- und neue Gemeinden hinzuzugewinnen ... Im Westen verfolgen wir das Ziel, möglichst viele Kommunen zu gewinnen und die Dominanz von AKP und MHP in von ihnen geleiteten Kommunen zu schwächen. Dafür versuchen wir mit gesellschaftlichen Kräften, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und politischen Parteien zusammenzukommen und entsprechend den jeweiligen Besonderheiten eine lokale Bündnispolitik zu entwickeln.“

In Diyarbakir kam das erste Bündnis zustande und beschloss unter anderem:

„Alle unterzeichnenden Parteien und Bewegungen bilden bei den anstehenden Kommunalwahlen das Kurdistan-Wahlbündnis und werden unter dem Dach der HDP an den Wahlen teilnehmen. Gegen die „Volksallianz“ (AKP-MHP), die weiterhin auf der unrechtmäßigen Bemächtigung des Willens unseres Volkes beharrt, schreiten wir mit der Formel, Möge unsere Bevölkerung gewinnen, möge unser Bündnis siegreich sein, mögen wir Kurd*innen erfolgreich sein‘ voran.“

Als Kurdistan-Wahlbündnis werden wir uns dafür einsetzen, dass die zivile demokratische Politik in Kurdistan von Neuem aufblüht.

Angefangen bei der dringenden Forderung unserer Bevölkerung nach muttersprachlicher Schulbildung werden wir in der Lokalpolitik sowohl für die demokra-

tischen Rechte unserer Menschen einzutreten als auch in den Rathäusern uns in den Dienst unserer Bevölkerung stellen.

Unterzeichnenden Parteien/Bewegungen sind: Islamische Bewegung Kurdistan (Kürdistan İslami Hareketi, AZADİ), Partei der demokratischen Regionen (Demokratik Bölgeler Partisi, DBP), Revolutionärer Demokratischer Kurdischer Verein (Devrimci Demokratik Kurt Derneği, DDKD), Demokratische Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP), Partei des Menschen und der Freiheit (İnsan ve Özgürlük Partisi, PİA), Kommunistische Partei Kurdistan (Partiya Komunista Kurdistan, KKP), Demokratische Plattform Kurdistan (Platforma Demokrata Kurdistan, PDK), Demokratische Partei Kurdistan-Türkei (Partiya Demokrata Kurdistanê -Türkiye, PDK-T).“

Zur Unterstützung ruft die HDP wieder zur internationalen Wahlbeobachtung mit dem Schwerpunkt Kurdistan auf. In den Wahlen geht es um die nächste Weichenstellung in der Türkei: Kann ein neuer Friedensprozess in Gang gesetzt werden? Dazu muss die Isolation Abdullah Öcalans beendet sein. Darum geht es in den Hungerstreiks. Wird ein Angriff des türkischen Militärs auf Rojava stattfinden oder nicht? Die HDP und ihre gesellschaftliche Vorstellung von kommunaler Selbstverwaltung ist der Gegenentwurf zur Erdogan-Diktatur.

Quellen: HDP, 28.1.2019, ANF, 4.1. und 8.1.2019

Brexit ist auch eine Verfassungskrise

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Nicht nur die Irlandfrage, sondern auch die Frage, wie konnte es nur soweit kommen, dass ein Herausfallen der Briten aus der EU vor der Tür steht, lässt den politischen Beobachter kopfschüttelnd erstaunen. Am 14. Januar die 432-zu-102-Stimmen Ablehnung des Abkommens, das Theresa May mit der EU über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU ausgehandelt hatte, das Misstrauensvotum, das May übersteht, die Debatte im Unterhaus am 29. Januar mit den skurrilen Abstimmungen über die einzelnen Anträge erzeugten ein eigenartiges Bild: Das Parlament will keinen harten Brexit, Backstop wird abgelehnt, May muss nachverhandeln. Zeit vergeht, nichts Substantielles passiert: Blockadepolitik? Oder Versagen in der Verantwortung? Welche inhaltliche Lähmung hat das britische Parlament erfasst?

Um das zu begreifen, muss man an den Anfang des Desasters: Vor den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament hat der britische Premier Cameron sein Spielchen mit dem Feuer begonnen. Um die stärker werdende Partei UKIP einzufangen, setzte er 2013 mit dem Versprechen auf ein Referendum das Verfassungssystem aufs Spiel und leitet einen Paradigmenwechsel ein. Gerade in Großbritannien, in dem es schon ein Parlament gab, als in anderen Ländern Europas feudale Herrschaftsstrukturen ohne jegliche Repräsentationsmöglichkeit an der Tagesordnung waren, hat der Premier die regelbasierte, auf Ausgleich zielende Institution Parlament ausgehebelt: es wurden im Vorfeld überhaupt keine Festlegungen für die Verwertung des Referendum und Umsetzung des Ergebnisses durch das Parlament getroffen. Diese neue Rolle hat das Parlament lange einfach hingenommen. Die Verblüffung war so groß, dass es erst allmählich die verfassungsmäßige Federführung bei einer solchen landesweit grundlegenden Frage zurückzufordern scheint. Auch fordert das Parlament eine neue Rolle bei Vertragsverhandlungen ein, die bisher so nicht verfassungsmäßig vorgesehen ist. Während in vielen Ländern viele Verträge eine Abstimmung im Parlament erfordern, konnte das britische Parlament bisher nur bei der Umsetzung eines von der Regierung ausgehandelten Vertrags entscheiden oder die Ratifizierung hinauszögern. Stoppen konnte es die Ratifizierung bisher nicht.

Es ist ein „stolzes Recht“, „als Souverän die politischen Geschicke des Landes

zu lenken“ – und dieses Recht besteht spätestens seit der Amtszeit von Oliver Cromwell mit Verabschiedung der „Bill of Rights“ 1689, die die Rechte des britischen Parlaments gegenüber dem Königtum regelt und die Souveränität des Parlaments gegenüber einer plebisitzären Souveränität festlegt. „In eklatanter Selbstlärmung entmachtet (sich das britische Parlament) gegenwärtig selbst“, urteilt Peter Rásónyi in der NZZ vom 1.2.19 die Situation und fährt fort: „Was Cameron nicht bedachte oder was er leichtfertig in Kauf nahm, war der immense Kollateralschaden, den sein eigennütziger Entscheid dem britischen Verfassungssystem zufügen würde. Mit dem EU-Referendum übergab Cameron die Gestaltungsmacht über die Geschicke Großbritanniens einer zweiten Instanz, dem Volk, ohne dass geregelt gewesen wäre, in welchem Verhältnis diese zum bisherigen absoluten Machtzentrum stehen würde, dem Parlament von Westminster. An diesem Konflikt hakt der Brexit-Prozess bis heute.“ Bislang war ein Referendum im Vereinigten Königreich konsultativ und nicht etwas bindend, was nämlich einer Einschränkung der Souveränität des Parlaments gleichkäme. Es herrschte 2013 auch kein Notstand oder eine Krise, in der ein drastisches Mittel hätte gerechtfertigt werden müssen – es war eine Kapitulation vor den populistischen Schreihälsen mit der Hoffnung, deren Wähler zu gewinnen.

Cameron hat somit auch die Moral in der Tory-Partei korrumptiert: plötzlich war möglich, Karriere zu machen, wenn man nur laut genug EU-Bashing betreibt – eine direkte Aufforderung an Boris Johnson, den damaligen Bürgermeister von London (das im Referendum 2015 mit deutlicher Mehrheit für den Verbleib gestimmt hat), der auch bis kurz vor der Abstimmung wartete, um seine – doch überraschende – Stimme für den Austritt bekannt gab. Er hatte erfolgreich sich zum Zünglein an der Waage hochstilisiert, allerdings sein persönliches Ziel, Premier zu werden, nicht erreicht. Camerons sofortiger Rücktritt nach dem Referendum gehörte zum Plan: Verantwortung hat „das Volk“ jetzt übernommen – wie das alles gehen soll? Keine Ahnung, das sollen andere durchziehen.

Leider hat sich auch Labour zu einer „Akzeptanz des Referendums“ bekannt – leider kam auch von dieser Seite kein Versuch, den Angriff auf die Verfassung zu thematisieren. Der Verschleiß an Ministern und Unterhändlern, die sich am Brexit versucht haben, ist nur eine der Umbrucherscheinungen, die durch dieses Referendum getriggert wurden. Vielleicht kommt ja eine Debatte über die Vergewisserung der Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung und der Rollenverteilung im Sinne einer good Governance ins Rollen. Wenn dann noch der Brexit abgesagt wird, hätte das Ganze auch was Gutes gehabt.

Mit der irischen Insel werden die Weichen für die Zukunft des Vereinigten Königreiches gestellt

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Am 6. Februar war der irische Premierminister Leo Varadkar bei Donald Tusk und auch bei Jean-Claude Juncker in Brüssel und bekam Unterstützung zugesagt für die Folgen eines wie auch immer gearteten Brexits. Varadkar sucht das Gespräch mit den nordirischen Parteien und ein Treffen mit Theresa May fand am 8. Februar statt.

Wird die Folgenabschätzung eines Brexits allein auf wirtschaftliche Friktionen reduziert, kann man nicht begreifen, warum es quer durch die britische Gesellschaft eine derartig hartnäckige Ablehnung von passablen Loslösungs-szenarien gibt. Auch dass die harte Außengrenze zwischen der Republik Irland – EU-Mitgliedsstaat mit knapp fünf Millionen Einwohnern – und Nordirland, ein Landesteil des Vereinigten Königreiches (5,7 % der Landesfläche, knapp zwei

Millionen Einwohner, das sind 3 % des UK) zur Gretchenfrage beim Austrittsabkommen geworden ist, liegt in der Unsicherheit, ob der Staat „Vereinigtes Königreich“ mit seinen vier Landesteilen eine Einheit bleiben wird.

Die faktische Teilung der Insel

(Zur älteren Geschichte siehe Kasten). Das seit ungefähr 1910 andauernde Aufbegehren von Teilen der irischen Bevölkerung gegen das britische Empire mündete während des sogenannten Osteraufstandes 1916 in die Ausrufung einer „Irishischen Republik“, eine provisorische Regierung sollte nationale irische Wahlen vorbereiten. Dieser Aufstand wurde blutig niedergeschlagen – die hier noch geringe Unterstützung in der Bevölkerung änderte sich dramatisch: bei den Wahlen für das britische Parlament – Irland gehörte in Gänze zum Vereinigten Königreich – erlangte die Partei Sinn

Konkurrenz um Krone und Gebietsherrschaft

Irland war seit 1541 unter Heinrich VIII zum „Vereinigten Königreich und Irland“ geworden, nachdem sich zuvor England mit Wales (1284) und später Schottland (1707) meist durch monarchische Personalunion und dann vertragliche Vereinigung zum Königreich Großbritannien zusammengeschlossen hatten. Bereits Mitte dieses 16. Jahrhunderts wurde der Norden der irischen Insel in besonderer Weise mit der britischen Hauptinsel verbündet: Gebiete wurden konfisziert und an protestantische Siedler aus Schottland und England übergeben. Heinrich VIII hatte kurz zuvor die anglikanische Kirche gegen die katholische Kirche mit dem Papst als Oberhaupt gegründet und alle, die nicht den Eid auf ihn als kirchliches Oberhaupt ablegen wollten, ermordet. 200 Jahre später, im 18. Jahrhundert wurde Irland von einer dünnen protestantischen Herrenschicht beherrscht. Die Vorstellung eines katholischen Irlands begann um sich zu greifen. Am Ende kam es zu schweren militärischen Kämpfen mit britischen Truppen. Das 19. Jahrhundert bleibt vor allem wegen der großen Hungersnot von 1845 bis 1849 in Erinnerung und dem Vorwurf, dass britische Behörden Maßnahmen zur Eindämmung der Hungersnot verschleppt hätten.

Fein die meisten Stimmen, aber anstatt ins Parlament zu gehen, boykottierten die Abgeordneten das britische Parlament, versammelten sich im Januar 1919 im Mansion House in Dublin und ratifizierten an diesem Tag rückwirkend die irische Unabhängigkeitserklärung und die Gründung der „Irischen Republik“. „Republik“ bedeutete die völlige Zurückweisung aller verfassungsmäßigen Bindungen mit Großbritannien. Allerdings war schon seit längerem klar, dass der Nordosten sich niemals dieser Republik anschließen würde. Diese Tatsache wurde gesehen, aber die damit verbundenen Probleme nicht gelöst; 1920 erhielt die Teilung der Insel durch das britische Parlament mit dem „Government of Ireland Act“ Gesetzeskraft. Es sollten „Nordirland“ und „Südirland“ entstehen. 1921 wurde das erste nordirische Parlament gewählt, Südirland wurde nie Realität: 12 der 128 gewählten Parlamentarier des südirischen Unterhauses weigerten sich, als Unterhaus zusammenzukommen^[1]. Mit dem Festsetzen einer harten Staatengrenze 1949 bekam die Auseinandersetzung ein Symbol, um das bis

hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen gekämpft werden wird – ein Friede war erst mit dem Karfreitagsabkommen 1998 möglich.

1973 sind sowohl das Vereinigte Königreich (einschließlich Nordirland) als auch die Republik Irland der Europäischen Gemeinschaft beigetreten, zu einem Zeitpunkt, der von manchen als Höhepunkt der gewaltsauslösenden Auseinandersetzungen in der Region gesehen wird. Die protestantischen Unionisten sahen durch den Beitritt zur EG die britische Souveränität und letztlich den Zusammenhalt des Königreiches bedroht, die katholisch-irische Bevölkerung befürchtete Angriffe auf Bürgerrechte und Sozialreformen durch die EG. Für die EG war dieser gewalttätige Konflikt zwischen zwei Mitgliedsstaaten eine große Herausforderung, ihr Ansehen in Nordirland wurde erst besser als Anfang der 1990er Jahre Wege gefunden wurden, die europäische Einigung als Vorbild für eine friedliche Lösung des Nordirland-Konflikts (zwischen Norden und Süden) zu akzeptieren und dann 1993 mit dem Binnenmarkt auch noch die Zollschränke zwischen den beiden Inselteilen fallen, verlor einer der Hauptangelpunkte im Nordirland-Konflikt, die umstrittene Grenze, einen großen Teil seiner streitbaren, symbolischen Bedeutung. (Zitiert nach Patrick Utz: Nordirland: 45 Jahre EU-Mitgliedschaft, 20 Jahre Frieden, aber was nun? Der Standard, 11.4.2018)

Erst seit 1998 mit Inkrafttreten des Karfreitagsabkommens ist dieser Konflikt auf eine Ebene des verhandelbaren Interessenausgleichs geführt worden. Die Regierung der Republik Irland, die Regierung des Vereinigten Königreiches und die Parteien in Nordirland haben dieses Abkommen ausgehandelt, bei getrennten Referenden in beiden Inselteilen fand es mit 71 % im Norden und mit 94 % in der Republik Irland die Zustimmung der Wahlvölker. Der Friedensprozess hat durch dieses Abkommen neue Dynamik erhalten: Die Grenze ist freundlich geworden, unsichtbar im alltäglichen Grenzverkehr. Wie an anderer Stelle beschrieben (Politische Berichte 4/2018) ist in den letzten zwanzig Jahren eine Normalität eingekehrt, die durch das Brexit-Referendum gefährdet ist^[2]. Ein Verlassen der EU vor Augen, tauchen auch wieder Vereinigungspolitiken auf, die direkt den Frieden gefährden: Bestandteil des Karfreitagsabkommens war nämlich, dass Irland auf eine Wiedervereinigung verzichtet – im Gegenzug sicherte Großbritannien eine enge Kooperation zwischen irischen und nordirischen Behörden zu. Dies war ein guter Weg, der Brexit hingegen führt in einen Teufelskreis (catch 22 truth): Wenn es

eine offene Grenze zwischen dem Norden und der Republik geben soll, muss Nordirland Teil einer Zollunion sein. Wenn dies nicht gewünscht wird, kann es keine offene Grenze geben.

Aber auch andere alte Ressentiments kehren wieder. Die DUP, die größte Partei in Nordirland, ist in ihrem Furor gegen die EU kaum zu bremsen: EU-Parlamentspräsident Donald Tusk wurde gerade als teuflisch und euromanisch beschimpft, und die DUP will gegen jedes Abkommen stimmen, das eine Backstop-Lösung enthält. Welcher Furcht geben diese Politiker Ausdruck? Dass bei einer Backstop-Lösung die Bindung zur britischen Hauptinsel derart geschwächt würde, dass sie sich ausgeliefert sähen einer Republik Irland? Und von der Seite Großbritanniens aus betrachtet: wäre der Backstop der Beginn einer Ent-Vereinigung mit Nordirland und als solches gewissermaßen ein Startsignal für eine Auflösung des Verbunds aller Landesteile? Das Referendum in Schottland 2014 über eine Unabhängigkeit von London (die Mehrheit war dagegen) war durchaus ein Signal dafür, dass die wechselseitigen Vorteile erkennbar bleiben und die wechselseitige Anerkennung der Unterschiedlichkeit lebendig gehalten werden sollte. In Schottland waren übrigens beim Brexit-Referendum 62 % für den Verbleib in der EU.

Wird es einen Freihandelsvertrag zwischen EU und dem Vereinigten Königreich geben? Wenn nicht, dann müsste Nordirland zollfreie Zone bleiben. „Das ist eine Garantie für Irland und die Union“, sagte Juncker beim Treffen mit Varadkar. Und Theresa May will eine Zusicherung, dass dieser Backstop nicht ewig dauern dürfe, weil London damit das Recht auf territoriale Integrität über Nordirland aufgeben würde. An der Lösung, im Prinzip an der Formulierung einer Lösung, wird sich das Brexit-Dilemma entscheiden.

Anmerkungen:

[1] Seit 1927 taucht im offiziellen Staatsnamen des Vereinigten Königreiches auch Nordirland auf („United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland“ – „Großbritannien“ bezeichnet nur die Hauptinsel mit den Landesteilen England, Wales und Schottland) – 26 irische Grafschaften hatten 1922 den Irischen Freistaat als konstitutionelle Monarchie innerhalb des British Empire gegründet, 6 (der 9) Grafschaften der Provinz Ulster verblieben beim Vereinigten Königreich. Seit 1949 ist die Republik Irland anerkanntes Mitglied der Weltstaatengemeinschaft.

[2] 55,8 % der nordirischen Stimmberchtigten (bei 62,7 % Beteiligung) stimmten für den Verbleib in der EU – bei den politischen Parteien waren für den Verbleib die Social Democratic and Labour Party und die Alliance Party, für einen Austritt waren die Democratic Unionist Party (die DUP, die im Moment auch Koalitionspartner von Theresa Mays Tory Partei ist) und die Traditional Unionist Voice.

Gelbwesten: Kein Ende der Krise in Sicht

MATTHIAS PAYKOWSKI, KARLSRUHE

Die Maßnahmen der französischen Regierung, um die schwere politische Krise zu bewältigen, spülen 2019 rund 11,9 Mrd. Euro in die französischen Haushalte, d.h. drei von vier Haushalten werden im Schnitt 440 Euro aus der Staatskasse erhalten. Das französische Observatorium für Wirtschaftskonjunktur (OFCE) stellt dazu fest, dass es nicht die wirklich Armen der französischen Gesellschaft erreicht: „Die Begünstigten befinden sich weitgehend in der Mitte der Einkommensverteilung, d.h. zwischen den ärmsten 25% und den reichsten 25%. Sie werden insbesondere von der Steuerbefreiung für Überstunden, der Senkung der Wohnsteuer und den Nettoeffekten aus

der Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung profitieren. Einige dieser Maßnahmen werden auch den wohlhabendsten 5% zugutekommen, die bereits große Gewinner der Kapitalsteuerreform sind.“ (Le Monde 29.1.2019)

Am 9. Februar fand ACT XIII. der Gelbwesten statt, mit weiter sinkender Beteiligung und kaum vorstellbar heftigen Gewaltausbrüchen. Die Bewegung setzt mit ihren anhaltenden Aktionen langfristig auf Zermürbung der Polizeitruppen und will die Herrschaft über den öffentlichen Raum.

Die von der Regierung initiierten „Grands Débats“ – Diskussionsrunden in den Gebietskörperschaften, die die Bürgermeister organisieren – finden Zuspruch, aber sie erreichen die Gelbwesten nicht.

Dok: Jacques Lévy. Die Vernachlässigung der Randgebiete ist eine Legende

Die folgenden Auszüge eines Interviews mit Jacques Lévy, französischer Geograph, befassen sich mit Aspekten der Gelbwesten-Krise. Da der Raum (Stichwort: Stadt – Land; Zentrum – Peripherie) in der Berichterstattung über die französische Gesellschaft auch in dieser Zeitschrift Thema war und ist, dazu einige Gesichtspunkte Lévys:

Stadt, Zentrum, Randgebiet, Vorort

Die 25% der Franzosen, die in den Vororten der Stadtgebiete leben, den vom Zentrum am weitesten entfernten Teilen, haben ein Einkommen, das über dem nationalen Durchschnitt liegt. Die meisten von ihnen haben sich dafür entschieden, Eigentümer eines Einfamilienhauses mit eigenem Garten, einem oder mehreren Autos zu werden. Diese Entscheidung kostet sie viel. Aber es ist eine Möglichkeit für sie, Menschen aus dem Weg zu gehen, denen sie nicht begegnen wollen. Das Ziel ist es, Menschen wie sie selbst zu

finden. Die vorstädtischen Parzellen sind sehr homogen. Das nennt Eric Charmes „Clubisation“. Dieses Sozialmodell basiert auf Familien mit einem oder mehreren Kindern; die gegenseitige Unterstützung in der Nachbarschaft gleicht den Mangel an öffentlichen Dienstleistungen aus. (...)

Im Gegensatz zu dem, was Christophe Guilluy sagt (siehe PB 12.2018, M.P.), sind es die Steuerzahler der großen Städte, die für die anderen zahlen. Der niedrigste Median des tatsächlich effektiv verfügbaren Einkommens liegt auf der

Ile-de-France. Das bedeutet, was die Arbeitnehmer im Pariser Stadtgebiet produzieren, wird durch die große Maschinerie der Besteuerung, der Renten und der sozialen Sicherung neu verteilt. Trotz der niedrigeren Kosten für Mobilität ist das Leben in der Ile-de-France im Allgemeinen teurer, insbesondere die Wohnung natürlich, und alles andere, was von Grundstückspreisen betroffen ist. Die Armen in den reichen Regionen zahlen für die Reichen in den armen Regionen.

Die „gelben Westen“ gehören zu dem Anteil der Bevölkerung, der am stärksten von Autos abhängig ist, und sie sind der Ansicht, dass die Straße ihnen gehört. Es war der Tropfen Benzin, der das Pulver in Brand setzte. Mit der Einführung der 80 km/h-Geschwindigkeit hat die Zerstörung von Radarfällen enorm zugenommen. Einige Autofahrer träumen von einer Welt, in der sich der Staat nicht in ihre Angelegenheiten einmischt. Sie weigern sich, öffentliche Güter, insbesondere ökologische, zu berücksichtigen, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen. Sie sind Liberalisten und eine radikalierte Erweiterung der populistischen Wählerschaft, die vor Europa und der Globalisierung zurückgeschreckt und urteilt, dass „es vorher besser war“. Sie bilden keine soziologische Gruppe, sondern eine politische, deren Projekt die radikale direkte Demokratie ist. Die Möglichkeit, gewählte Vertreter über das „Referendum der Bürgerinitiative“ (RIC) zu entlassen, ist eine Kriegswaffe gegen die repräsentative Demokratie, und dieser Ansatz hat eine stark verbindende Kraft.

(...) Es gibt noch ein anderes räumliches Segment, wo sie besonders gut vertreten sind: den Vorort (4% der Bevölkerung). Es gibt dort proportional viel mehr arme



Sansculottes als Gilet jaunes?

Menschen als in den Randgebieten, eine ältere Bevölkerung oder Arbeitslose, die den Arbeitsmarkt aufgegeben haben und mit geringen finanziellen Mitteln ums Überleben kämpfen. Diese Menschen sind sozial sehr isoliert und haben mit sozialen Netzwerken und der Gelbwesterbewegung soziale Gesellung gefunden. Die Gelben Westen umfassen einen erheblichen Anteil an Handwerkern, Kleinunternehmern oder Verkäufern. Wenn wir die Klassifizierung von Pierre Bourdieu betrachten, haben sie mehr wirtschaftliches als kulturelles Kapital. Unter ihnen herrscht mehr oder weniger das Gefühl, dass das kulturelle Kapital, das zu einem erneut gewachsenen Interesse an den Städten führt, den Sieg davongetragen hat und sie Opfer dieser Transformation sind.

Aus der Stadt in die Vorstadt

Aus den kulturell erhaltenen Verbindungen der Arbeiterklasse in den Städten mit dem bäuerlichen Leben nutzten diese Bewohner die Verbesserung ihrer Kaufkraft, um ein Haus mit Garten zu kaufen. Sie haben damit ihren Traum verwirklicht. So gab es eher einen Übergangseffekt als eine Logik der Räumung und Vertreibung. Es sei daran erinnert, dass es in den 1950er Jahren möglich war, eine Wohnung im Marais, im Herzen von Paris, zu einem bescheidenen Preis zu kaufen, weil das Viertel verfallen war.

Aber der Plan des Kulturministers André Malraux in den 1960er Jahren bedeutete einen Richtungswechsel. Es zeigte sich, dass Erbe bewahrt werden kann, wenn es gleichzeitig modernisiert wird. Der Tod von Präsident Pompidou 1974 rettete Paris, denn sein Plan war, mehrere Autobahnen innerhalb und durch die Hauptstadt zu bauen und auch die Zerstörung des Saint-Martin-Kanals von der Bastille bis zur Porte de Pantin. Aber die dynamischen Marketing- und Werbekampagnen von RATP haben dazu beigetragen, den Trend wieder umzukehren. Die Metro, die als Transportmittel für die Armen galt, ist „trendy“ geworden. Heute sagen die „gelben Westen“ im Grunde genommen: „Ihr Wichtigtuer, ihr habt die U-Bahn, wir müssen unser Auto nehmen!“ ...

Das Modell der großen amerikanischen Residenzen der 1960er Jahre, wie Chézay-Rocquencourt (Yvelines), mit Parly 2 und seinem Einkaufszentrum, ist ebenfalls verschwunden, eine Matrix, die den Bau neuer Autobahnen erfordert hatte. Der Mai 1968 brachte die „Creative Class“ in Werbung und Kino gestern, und in digitalem Format heute an die Spitze. Diese „bürgerliche Boheme“, die ihrer Tätigkeit im Herzen der Städte nachgeht,



Die Begrenzung der Geschwindigkeit auf 80 km/h rettet Leben – Man will uns am Sterben hindern, damit wir weiter Steuern zahlen müssen – Man lebt in einer Diktatur.

ist keine klassische Bourgeoisie. In Paris leben sie lieber in Stadtvierteln, in denen die Bevölkerung gemischt ist, statt im 16. Arrondissement, wo die Bewohner vor einigen Jahren zusammenkamen, um ein Zentrum für prekäre Menschen zu verhindern.

Gentrifizierung in Paris

Von zwei Millionen Einwohnern gibt es auch 300 000 arme Menschen. Damit liegt Paris im Durchschnitt der französischen Großstädte. Außerdem gibt es in Paris genauso viele arme Menschen wie im gesamten Vorort. Die vor allem aus Ausländern und Migranten bestehende Armut ist noch intensiver als anderswo. Das bedeutet nicht, dass die Viertel nicht unter einem Problem Gentrifizierung leiden ... Wie das V. Arrondissement-Syndrom, in dem die Kategorie Arbeiterklasse fast vollständig verschwunden ist und „Paubos“ („die arme Boheme“) wegziehen und damit dazu beitragen, die zentrale Zone zu erweitern, zuerst auf das Perizentrum von Paris, dann auf den ersten Ring von Vorstadtkommunen. (...)

Der soziale Wohnungsbau ist zu einem Unternehmen geworden. Es wäre sinnvoll, ein System einzurichten, bei dem die standortbedingten Mietzuschläge kein Hindernis für den Zugang zu Wohnungen in teuren Stadtteilen darstellen. Keine Operation sollte mit öffentlichen Mitteln

unterstützt werden, wenn sie nicht zum sozialen Mix beiträgt. (...) Die Bürgermeister haben sich aus wahlaktischen Gründen auf die Armen konzentriert, andere auf die Reichen. Kommunen sollten daran gehindert werden, ihre „Menschen“ auszuwählen. Auf der Ebene der städtischen Gebiete sollten Maßnahmen zum sozialen Mix umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang könnten wir die Schaffung von Wohnungen für die Armen verhindern, wo es bereits viele von ihnen gibt. Dabei sollen die Gemeinden nicht verschwinden, sondern, wie in Paris oder Lyon, zu Bezirksrathäusern mit vielleicht noch etwas mehr Macht und partizipativen Budgets für das Zusammenleben werden.

Quellen: Interview in La Gazette des Communes, 1.2.2019; auszugsweise und mit Kommentaren versehen, eigene Übersetzung; <https://www.lagazetedescommunes.com/603895/jacques-levy-labandon-des-territoires-perurbains-est-une-legende/>

Lesenswerte Ergänzungen:

Interview in der NZZ, 1.2.2019: Alain Finkielkraut über die Gelbwester und Macrons große Debatte: https://www.nzz.ch/feuilleton/alain-finkielkraut-ueber-die-gelbwester-und-macrons-grosse-debatte-ld.1455336?mkcid=nled&mktval=107&kid=_2019-2-1
 Stadt – Land- Gegensatz – Die Wut der „Abgehängten“ – Claus Leggewie, FAZ 16.1.2019.

Greenpeace

HAMBURG. Es war ein zähes Ringen: Die Kohleländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen haben auf die Bremse gedrückt, die Wirtschaftsvertreter den Umweltschutzverbänden stures Festhalten an ideologischen Positionen vorgeworfen. Doch nach 21 Stunden hat die Kohlekommission tatsächlich einen Kompromiss errungen, den alle Seiten mittragen können, zumindest größtenteils.

Die aus Umweltschutzgesichtspunkten wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Es gibt einen Fahrplan für den Kohleausstieg.
- Bis 2022 sollen 12,5 Gigawatt installierte Kraftwerksleistung abgeschaltet werden – das sind drei Gigawatt Braunkohleleistung mehr als bisher geplant.
- Kohlekraftwerke dürfen nicht neu genehmigt, gebaut oder in Betrieb genommen werden.
- Vor allem im Westen sollen Kraftwerksblöcke abgeschaltet werden, etwa in Neurath und Niederaußem. Die Umweltverbände hatten einen genauen Plan gefordert, wann welches Kraftwerk abgeschaltet wird, doch das steht leider nicht im Konzept.
- Der Hambacher Wald ist gerettet.
- Für die Jahre 2023 bis 2030 konnten keine Zwischenziele ausgehandelt werden. Allerdings werden zwischen 2022 und 2030 Braunkohlekapazitäten in Höhe von sechs Gigawatt vom Netz genommen – und zwar „linear und stetig“, wie es im Papier heißt es. Was eigentlich die Abschaltung weiterer alter Braunkohlekraftwerke auch in der Lausitz ab 2025 zwingend erforderlich macht.
- Nimmt die Bundesregierung diese Vorgabe ernst, können Dörfer wie Proschim in der Lausitz, Pödelwitz im Mitteldeutschen Revier oder Keyenberg

im Rheinland vor der Abaggerung bewahrt werden.

• Dickes Manko: Das letzte Kohlekraftwerk soll erst 2038 vom Netz gehen. Zwar soll 2032 überprüft werden, ob das Ausstiegsdatum vielleicht auf 2035 vorgezogen werden kann – aber das ist beides zu spät, damit Deutschland seinen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen leisten kann ...
<https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/kohleausstieg-ist-beschlossen>

BUND: Einstiege in den Ausstieg – aber zu wenig für das Klima

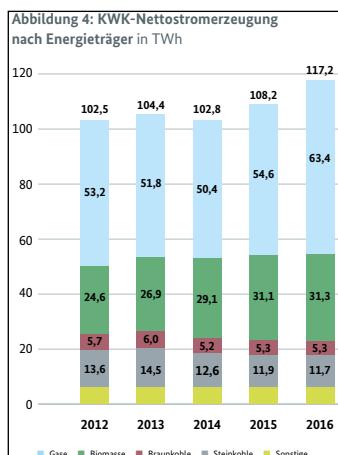
BERLIN. Der Kompromiss, der am 26.1.2019 frühmorgens gefunden wurde, bringt den Einstieg in den Kohleausstieg und damit endlich den Anfang vom Ende der Kohle. Mit der Festlegung, bis 2022 erste Kohlekraftwerke abzuschalten, kann auch der Hambacher Wald erhalten bleiben – und der größte Tagebau Europas wird damit frühzeitig beendet. Zudem werden, dem Vorschlag der Kohlekommission folgend, keine neuen Tagebaue genehmigt und keine neuen Kraftwerke wie Datteln IV mehr ans Netz gehen. Die Bundesregierung ist jetzt am Zug und muss die Empfehlungen der Kommission klimapolitisch konsequent umsetzen – auch für den Zeitraum nach 2022. So werden auch die noch von Abaggerung bedrohten Dörfer gerettet. Gleichzeitig kann mit den vorgeschlagenen Maßnahmen und Geldern ein sozial gerechter Wandel gelingen. Zur schmerzhaften Wahrheit gehört, dass das Ergebnis der Kohlekommission deutlich hinter den Erfordernissen des Klimaschutzes zurückbleibt. Der BUND hat in der Kohlekommission grundsätzlich für das Ergebnis gestimmt. Dies war eine schwere Entscheidung. Doch der Kompromiss bietet die Chance, jetzt

den Klimaschutz in Deutschland wiederzubeleben und kurzfristig wichtige Veränderungen zu erreichen. In einem eigenen Minderheitenvotum distanziert sich der BUND jedoch gemeinsam mit den anderen Umweltverbänden, die in der Kommission vertreten waren, vom vorgesehenen Enddatum 2038 für den Kohleausstieg und der fehlenden Festlegung auf einen konkreten Minderungspfad bis 2030 und darüber hinaus ... Es bleibt die ernüchternde Erkenntnis, dass die Bevölkerung in übergroßer Mehrheit den Ausstieg will, aber die Beharrungskräfte noch immer die entscheidenden Schritte verhindern konnten. Nicht zuletzt die anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen haben ein besseres Ergebnis für den Klimaschutz in der Lausitz unmöglich gemacht. Das ist bitter, auch angesichts der Milliardenbeträge, die in die Region fließen sollen, um den Strukturwandel abzufedern. Wie teuer der Ausstieg tatsächlich wird, liegt auch in den Händen der Bundesregierung. Er wäre sicher billiger zu haben gewesen, hätte die Regierung schon beizeiten selbst entschieden. Für den BUND heißt das Ergebnis der Kohlekommission, dass die Arbeit unvermindert weitergeht ...
<https://www.bund.net/kohle/kohle-ausstieg/kohle-kommission/>

BUND-Sondervotum

Dem Bericht der Kohlekommission einzufügen: Sondervotum der Kommissionsmitglieder Martin Kaiser, Greenpeace, Kai Niebert, DNR, Hubert Weiger, BUND und Antje Grothus vor der abschließenden Abstimmung über den Kommissionsbericht:

Die unterzeichnenden Kommissionsmitglieder tragen den im Kommissionsergebnis gefundenen Kompromiss zum Ausstieg aus der Kohleverstromung mit, um den klimapolitischen Stillstand Deutschlands der letzten Jahre zu durchbrechen ... Wir stellen fest, dass weder



https://www.kommission-wsb.de/WSB/Redaktion/DE/Downloads/abschlussbericht-kommision-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Abbildung 1: Emissionen der verschiedenen Sektoren laut Klimaschutzplan 2050
Emissionen der in die Zieldefinition einbezogenen Handlungsfelder

Handlungsfelder	1990 (in Mio. t CO ₂ -Äq.)	2014 (in Mio. t CO ₂ -Äq.)	2030 (in Mio. t CO ₂ -Äq.)	2030 (Minderung in % ggü. 1990)
Energiewirtschaft	466	358	175 – 183	62 – 61
Gebäude	209	119	70 – 72	67 – 66
Verkehr	163	160	95 – 98	42 – 40
Industrie	283	181	140 – 143	51 – 49
Landwirtschaft	88	72	58 – 61	34 – 31

das anvisierte Ausstiegsdatum 2038 noch der unkonkrete Pfad bis 2030 ausreichend sind, um einen angemessenen Beitrag des Energiesektors zum Klimaschutz zu leisten ... Sowohl der nicht konkretisierte Pfad ab 2023 als auch das zu späte Ausstiegsdatum verhindern über die Jahre eine kumulierte CO₂-Reduktion des Energiesektors, die mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar wäre. Im Gegenteil sind kumulierenden CO₂-Emissionen in der Atmosphäre viel zu hoch, als dass Deutschland seinen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2 Grad, geschweige denn 1,5 Grad leisten könnte ... Eine klare Beschreibung des stetig zu gestaltenden Ausstiegspfads von 2023-2029 ist dringend notwendig. Er kann und muss zu einem späteren Zeitpunkt von der Bundesregierung entlang der im Kommissionsbericht festgeschriebenen Stetigkeit für die Abschaltungen festgelegt werden. Wir stimmen mit diesem Minderheitsvotum gegen das Fehlen weiterer konkreter Jahresschritte im Zeitraum 2023–2030 und werden uns zu einem späteren Zeitpunkt dafür einsetzen, diese Lücke zu schließen. Auch ist das zu späte Ausstiegsdatum aus klimapolitischer Sicht für uns nicht tragbar. Im Sinne des Klimaschutzes notwendig wäre ein Ausstieg bis 2030. Trotz dieses Sondervotums gegen die beiden genannten Punkte tragen wir das Gesamtergebnis mit ...

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload/bund/publikationen/kohle/kohle_sondervotum_kommission.pdf

IGBCE: Echte Erfolge – echte Lasten

HANNOVER. Nach monatelangen Gesprächen und einer 21-stündigen Marathon-sitzung hat die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung am frühen Samstagmorgen einen Abschlussbericht vorgelegt. Das wichtigste Ergebnis: Niemand fällt ins Bergfreie – über den ganzen Zeitraum. Die Beschäftigten in der Kohleverstromung werden im klimapolitisch bedingten Strukturwandel umfassend abgesichert.

„Wir haben nach 21 Stunden Verhandlungen einen Kompromiss gefunden, der uns nicht glücklich machen, aber insgesamt zufrieden stellen kann. Es ist uns gelungen, für die vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten in der Kohleverstromung Sicherheit vor sozialen Härten zu schaffen“, sagt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, nach der nächtlichen KWSB-Abschlussrunde. Und das empfiehlt die Kommission der Politik:

Keine Abschiedsgeschenke auf Steuerzahlerkosten für Kohlekonzern

BERLIN. „Es ist gut, dass die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung die Rechte der Beschäftigten, die vom Kohleausstieg betroffen sind, ernst nimmt. Zwar hat die Kommission sich nicht auf eine ausdrücklich so bezeichnete Einkommens- und Beschäftigungsgarantie einigen können, doch kommen die umfangreichen Vorschläge zur Absicherung der Beschäftigten den Forderungen der Linken sehr nahe“, erklärt Klaus Ernst, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Ernst weiter: „Warum jedoch die Stromkon-

https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/keine-abschiedsgeschenke-auf-steuerzahlerkosten-fuer-kohlekonzern/

zeerne noch Geld bekommen sollen für Kraftwerke, die schon längst amortisiert sind, ist unverständlich. Steuergelder sind nicht dazu da, Unternehmen ihre entgangenen Gewinne zu bezahlen. Ein Rechtsgutachten im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat festgestellt, dass grundsätzlich kein Entschädigungsanspruch wegen der Stilllegung eines Kohlekraftwerks besteht. Das in Kombination mit dem zögerlichen und zu langsamem Kohleausstieg, den die Kommission vorschlägt, bedeutet einen unnötigen und teuren Kniefall vor den Kraftwerksbetreibern.“

Engmaschiges Sicherheitsnetz

- Betriebsbedingte Kündigungen in Kraftwerken und Tagebauen sind ausgeschlossen.
- Fällt ein Arbeitsplatz weg, werden die Betroffenen in neue gute Arbeit vermittelt – unter Ausgleich etwaiger Gehalts-einbußen.
- Ältere Beschäftigte können, wenn es zu Personalauswirkungen kommt, in den vorzeitigen Ruhestand wechseln – unter Ausgleich von Rentenabschlägen.
- Der Bund schafft ein staatliches Anpassungsgeld, mit dem Jahre bis zum vorzeitigen Renteneintritt überbrückt werden können.
- Gewerkschaften und Unternehmen regeln in Tarifverträgen ergänzende Ausgleichszahlungen.
- Der Staat sichert die sozialen Verpflichtungen der Unternehmen ab.
- Das Gesamtpaket gilt für die gesamte Auslaufphase der Kohle, einschließlich der Rekultivierung, also mehr als 20 Jahre.

Neue Arbeitsplätze in den Revieren

- Bedingung aller Ausstiegsschritte aus der Kohle ist die Schaffung neuer, guter Arbeitsplätze in den Revieren.
- In den kommenden 20 Jahren fließen 40 Milliarden Euro in die Regionen, um neue Industrien, Technologie- und Forschungskluster und eine moderne Infrastruktur zu schaffen.
- Abgesichert werden Investitionsförderung, Ausbau der Infrastruktur sowie Ansiedlung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen durch ein sogenanntes Maßnahmengesetz.

Kein Abschalt-Automatismus

Vorgesehen sind harte Einschnitte in die Kohleverstromung – wenn bestimmte https://www.igbce.de/abschlussbericht-der-kwsb/178252?back=&highlightTerms=

Bedingungen erfüllt sind.

- 2023 sollen rund 3 GW Braunkohle und 3 GW Steinkohle vom Netz.
- 2030 soll die Erzeugungskapazität auf maximal 9 GW Braunkohle und 8 GW Steinkohle halbiert werden.
- 2038 soll die Kohleverstromung gänzlich auslaufen.
- Aber: Die Stilllegung von Kraftwerken und Tagebauen ist an eine Vielzahl von Voraussetzungen geknüpft, die zwischen 2023 und 2032 alle drei Jahre durch ein unabhängiges Expertengremium überprüft werden.
- Werden die Ausbauziele bei Erneuerbaren, Netzen und Speichern nicht erfüllt, können und werden konventionelle Energieträger nicht wie gedacht vom Netz gehen.

Schutz von privaten Haushalten und Industrie

- Regelmäßig wird überprüft, wie sich die Entwicklung von Strompreisen auf Industriearbeitsplätze und die privaten Haushalte auswirkt.
- Die Bundesregierung muss für einen Ausgleich sorgen, damit Arbeitsplätze in der Industrie nicht gefährdet und die privaten Haushalte nicht überfordert werden.

Nun geht es darum, dieses Ergebnis umzusetzen. Jetzt ist die Politik am Zug. Sie muss mit den Unternehmen in Verträgen regeln, welche Kraftwerke wann vom Netz gehen. Sie muss Gesetze zur Strukturförderung in den Regionen und zur sozialen Absicherung der Beschäftigten auf den Weg bringen.

Die Kommission hat Empfehlungen vorgelegt, aus denen man etwas machen kann. Für uns gilt: Das Paket gibt es nur mit allen Bestandteilen. Wir werden Druck machen, dass sich niemand nur das rausucht, was ihm gerade passt.

Alle reden vom Wohnen ...

THOMAS TRÜPER, STADTRAT DIE LINKE, MANNHEIM

... wir auch. Aber Die Linke im Mannheimer Gemeinderat tut dies schon seit sechs Jahren und wird dieses Thema auch im Kommunalwahlkampf als einen ihrer Schwerpunkte setzen. Mannheim in der Metropolregion Rhein-Neckar und Universitätsstadt hat (noch) nicht das Mietniveau wie beispielsweise Heidelberg, Freiburg oder die Spitzenreiter Frankfurt oder München. Dennoch liegen die Steigerungsraten der Angebotsmieten in acht Jahren bei über 23%. Der neueste Mietspiegel weist für zwei Jahre eine Steigerung von 9,4% aus. Vor sechs und selbst vor zwei Jahren erklärte der zuständige Dezernent Quast: Mannheim hat keinen angespannten Mietwohnungsmarkt. Inzwischen hat er diese Aussage revidiert. Die zahlreichen Anträge der Linken zur Mietpolitik wurden in den vergangenen Jahren jedoch nicht zurückgewiesen sondern „mitgenommen“. In der Tat flossen sie schließlich teilweise in eine große wohnungspolitische Vorlage ein, das 12-Punkte-Programm für preisgünstiges Wohnen. Diese Verwaltungsvorlage wurde mit denkbar knappster Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken im Sommer 2017 verabschiedet. Zentraler Punkte sind eine 30%-„Sozial-Quote“ bei Neubauprojekten, aber auch grundsätzliche Feststellungen über verbilligte Abgabe von städtischem Grund und Boden für preisgünstiges Wohnen, einschließlich günstiger Regelungen für Erbbaurechte. Außerdem wurde beispielsweise die linke Forderung aufgenommen, sozialrelevante Ergebnisse von Konzeptvergaben und städtebaulichen Verträgen grundbuch-

lich abzusichern.

Schon bei den Planungen für die erste große Anwendung dieses 12 Punkte-Programms kam es jedoch zu Auseinandersetzungen im Gemeinderat. Es handelt sich um die Konversionsfläche Spinelli (ehemalige US-Kaserne), und diese ist zugleich das letzte große Baufeld, das in Mannheim für Wohnungsbau noch zur Verfügung steht, so lange man nicht in der Peripherie auf die „grüne Wiese“ expandieren möchte. Die Verwaltung plante 2.400 Wohneinheiten, davon 30% im preisgünstigen Segment. Schon im Vorfeld setzte die CDU (inzwischen durch einen Grünen-Überläufer in der Mehrheit) eine Reduzierung auf 1.800 Wohneinheiten durch: Es müssen nach Auffassung der CDU unbedingt flächenzehrende Einfamilienhäuser errichtet werden (ab 0,5 Mio. Euro aufwärts) „für junge Familien“(!). Die Sozialquote gilt selbstverständlich nur für den Geschosswohnungsbau. Man sieht: Die Umsetzung selbst eines beschlossenen (bescheidenen) 12-Punkte-Programms ist jedes Mal eine Machtfrage.

Welche Strategie fährt Die Linke in Mannheim in Sachen preisgünstiges Wohnen?

Zunächst ein paar Grunddaten zum Wohnungsmarkt in Mannheim: Mannheim hat ca. 166 000 Wohneinheiten und etwa 173 000 Privathaushalte; 51% davon sind Single-Haushalte. Die Mietquote beträgt ca. 75%. Die städtische Wohnungsgesellschaft GBG verfügt aktuell über 18.800 Wohneinheiten, davon 96% unter 8,00 Euro/m². Der Mannheimer Mietspiegel-Durchschnittspreis beträgt 2018 (bei 80 m²) 7,53 Euro/m². Die Stadt selber verfügt über keine Wohnungen mehr. Es gibt Genossenschaften mit z.T. sehr preisgünstigen Wohnungen (ca. 7000) und es gibt natürlich Vonovia mit ca. 4 000 Wohneinheiten, die im Laufe der letzten Jahre i.d.R. um einen Euro/m² verteuert wurden. Alle Wohnungsneubauten in Mannheim erfolgten bis 2017 ohne öffentliche Förderung und liegen bei Mietpreisen ab 11,50 Euro/m². Von den preisgünstigen

Wohnungen der GBG gingen aufgrund unterschiedlichster Faktoren bis 2017 1 000 verloren.

Von den derzeit freien 280 Hektar US-Konversionsgeländen ist das größte für Wohnungsbau vorgesehene Gelände (Franklin) bereits vor dem 12-Punkteprogramm verplant worden. Dennoch sollen hier etwa 1000 Wohnungen im preisgünstigen Segment entstehen (von ca. 4.500 Wohneinheiten insgesamt). Der Kampf um Spinelli ist im Gange (s.o.). Die Flächen gingen und gehen zu Marktpreisen von der BIMA auf die städtische Entwicklungsgesellschaft über (MWSP GmbH). Erst in 2018 machte die Bundesregierung den Weg frei für stark verbilligte Abgabe an Bauträger des sozialen Wohnungsbaus. Davon werden erstmals ca. 200 Wohneinheiten auf dem kleinen Konversionsgelände Hammonds Barracks profitieren.

Entscheidend ist hierbei die Frage, wer die Bauträger sein werden. Die Linke fordert seit Jahren, dass die Kommune und ihre Gesellschaften Non-profit-Bauträger bevorzugen soll. Dies wird hier nun erstmals geschehen. Das Mietshäusersyndikat (MHS) wird einen kleineren Teil des fraglichen Baufeldes übernehmen (entsprechend der derzeitigen Leistungsfähigkeit der MHS-Projektgruppe). Den Rest wird die GBG übernehmen, eventuell auch eine Genossenschaft. Alle werden zur Senkung der Gestehungskosten Landeswohnraumförderung in Anspruch nehmen und somit „Sozialwohnungen“ erstellen. Die Berechtigungsgrenze wurde in Baden-Württemberg deutlich heraufgesetzt, um tatsächlich „breiten Schichten der Gesellschaft“ den Zugang zu geförderten Wohnungen zu ermöglichen. Dieses Beispiel Hammonds gilt es zu als Regelfall zu fordern. Der Vorteil gegenüber profitorientierten privaten Bauträgern ist, dass selbst nach Auslaufen der Preisbindungsfrist (15 bis 25 Jahre) die Bauträger aufgrund ihrer Selbstbindung in aller Regel die Mieten nicht auf Marktniveau anheben.

Damit solche Modelle funktionieren, kommt es ebenfalls entscheidend auf die Kontrolle über potenzielle Baugrundstücke an. Gehören die Grundstücke Privaten, kann die Kommune diese zwar zu sozialem Wohnungsbau zwingen, aber nur wenn die Bauträger auf die Erteilung neuen Baurechts angewiesen sind. Dann lässt sich über städtebauliche Verträge mit der Auflage, eine Sozialquote zu erfüllen treiflich verhandeln, zumindest, solange die Betongold-Konjunktur so brummt wie bisher. Diese Fälle halten sich aber in Grenzen, da in Städten fast überall bereits Baurechte bestehen.

Ein weiterer üblicher Weg zur Umsetzung der Sozialquote ist der Verkauf



Auf dem Weg zur 1.-Mai-Kundgebung 2017

städtischer Grundstücke an Private mit Konzeptaußschreibung, die über städtebauliche Verträge gezwungen werden zu „spuren“. Damit freilich gibt die Kommune die Kontrolle über die Grundstücke auf. Beim Kämmerer sind solche Transfers jedoch sehr beliebt, heben sie doch die stille Bodenwertreserve, insbesondere in Zeiten der stürmischen Preissteigerungen. Im Mannheimer Stadthaushalt sind solche Außerordentlichen Erträge von jährlich 10 Mio. Euro fest eingeplant. Davon wird sich die Stadt verabschieden müssen. Bei den letzten Haushaltsberatungen hatte die Linke vergeblich beantragt, 10 Mio. Euro aus den überplanmäßigen Steuereinnahmen zum Ankauf von wohnungsbaugeeigneten Grundstücken zu verwenden, um sie gemeinwohlorientierten Bauträgern auf dem Wege von Erbbaurechten zu minimalem oder Null-Zins zur Verfügung zu stellen. Dies würde insbesondere Bauträgern wie beispielsweise dem MHS, jungen Genossenschaften oder selbst der GBG zu weniger Eigenkapitalbedarf verhelfen. An einer kommunalen Boden-vorrats- und Erwerbspolitikpolitik geht kein Weg vorbei.

Sicherung preisgünstiger Bestandswohnungen

Ein weiteres nicht zu vernachlässigendes Thema ist die Sicherung von immer noch vorhandenen preisgünstigen Wohnen in privaten Bestandshäusern. Hier verlangt die Linke ebenso schon seit Jahren einen aktiven Einstieg der GBG in den Erwerb von Bestandsgebäuden und insofern eine Änderung der GBG-Strategie, die auch inzwischen auf sehr bescheidenem Niveau eingeleitet ist. In diesem Geschäft ist es oft wichtig, bei z.B. altersbedingt verkaufswilligen Eigentümer*innen, die durchaus nicht immer die Dollarzeichen in den Augen haben, als Erste „auf der Matte zu stehen“. Jedes so erworbene und maßvoll bewirtschaftete Mietshaus ist ein Beitrag gegen die Gentrifizierung und minimal auch zur Dämpfung des überhitzten Marktes. Um hier aktionsfähig zu sein, bräuchte die GBG eine Kapitalerhöhung von der Stadt. Auch davon wird im Wahlkampf zu reden sein.

In diesem Zusammenhang sind auch Instrumente wie Milieuschutz- oder Sanierungssatzungen mit entsprechende kommunalen Vorkaufsrechten zu prüfen.

Die Linke wird in Mannheim den Kommunalwahlkampf dazu nutzen, das inzwischen bei fast allen Parteien vorhandene Gerede über mehr Wohnungen und billigere Mieten in die Richtung zu drängen, dass wirklich effektive und nachhaltig wirksame Maßnahmen diskutiert werden – nicht nur von der Linken, und am Ende, nach der Wahl, auch noch um-



umBAU² Turley: eine der drei Mannheimer Mietshäuser-Syndikat-Wohngruppen

gesetzt werden.

Wo sind die Mieterbewegungen?

Ohne Bewegung lässt sich wenig bewegen. In Städten mit absolut durch die Decke gegangenen Mietpreisen wie Berlin, Frankfurt, Hamburg oder auch Freiburg gibt es beachtliche Mieter*innenbewegungen. Sie entzünden sich häufig an bestimmten eklatanten Fehlentscheidungen kommunaler Verwaltungen, an besonderen Unverschämtheiten privater Bauträger oder skandalösen Leerständen. So gab es auch in Mannheim 2014/15 eine beachtliche Mieter*innenbewegung, die sich gegen den damaligen Beschluss der GBG richtete, ein ganzes Quartier (Adolf-Damaschke-Ring) aus den 1950er Jahren mit preiswerten Wohnungen zur Hälfte zu sanieren, zur Hälfte abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen, ohne öffentliche Förderung und damit ohne Mietpreisbindung. Die Mieten hätten dann statt ca. 6 Euro/m² 11,50 Euro gekostet. Dagegen war der Widerstand erfolgreich. In dem zur Hälfte schon leerstehenden Sanierungsgebiet bekamen alle Mieter*innen die Zusage, zu nur geringfügig erhöhten Preisen in den sanierten Häusern bleiben zu können. Die Abrisspläne wurden reduziert und die Neubauten auf geförderten Wohnungsbau umgestellt. Es herrschte damals gerade auch Kommunalwahlkampf – eine gute Erfolgsvoraussetzung. 2016 versuchten Aktivist*innen von „Wem gehört die Stadt?“ die schon älteren Pläne der GBG, ein Quartier an der Carl-Benz-Straße abzureißen und durch „gehobenem Wohnungsbau“ zu ersetzen, mit einer Hausbesetzung zu verhindern. Die

Aktion erregte Aufmerksamkeit, blieb aber erfolglos. Das Quartier war bereits entmietet.

2014 regte die Linke eine Mieter*inneninitiative im Stadtteil Neckarstadt Ost an, um sich gegen damals massiert auftretende Fälle von Luxussanierungen und Mieter*innenverdrängung durch Privatinvestoren zur Wehr zu setzen und eine Struktur der Nachbarschaftshilfe und Informationssammlung zu schaffen. Diese Initiative (FairMieten) entwickelte sich jedoch ziemlich schnell in eine sektiererische Richtung. Die Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Privatinvestoren sind auch tatsächlich kaum zu lösen. Die Initiative verlegte sich dann auf GBG-Bashing, mit dem sie überwiegend schief liegt.

Ein Aktivposten im Kampf um eine Neuausrichtung der Mannheimer Kommunalpolitik in Sachen Mietwohnungswirtschaft sind die drei MHS-Projekte 13 ha Freiheit, Solidarisches Wohnen und Kommunikation SWK sowie umBAU² Turley. Diese Projekte, die von der Linken intensiv unterstützt wurden – weitere sind im Aufbau –, haben die Diskussion über neue Wohnformen befördert; sie haben bewiesen, dass preisgünstigeres und trotzdem qualitätsvollen Bauen möglich ist. Auch der Mannheimer Mieterverein ist natürlich ein wichtiger Bündnispartner. Er ist aber in der Vertretung Wohnungspolitischer Fragen auf Ortsebene noch eher zurückhaltend. Wohnung- und Mietpolitik ist eben typische Dickbrettbohrerei, insbesondere, wenn die politischen Rahmenbedingungen unsocial sind.

Harzer Linke begrüßt Grundsatzurteil zu Wohnkostenzuschüssen und mahnt zügige Reform im Harzkreis an: Die Harzer Linke sieht sich nach Mitteilung der Landtagsabgeordneten Monika Hohmann und der Kreisvorsitzenden Evelyn Edler in ihrer langjährigen Kritik an zu niedrigen Wohnkostenzuschüssen des KoBa-Jobcenters bestätigt. Am 30. Januar stellte das Bundessozialgericht in Kassel in einem Grundsatzurteil fest, dass die bisherige Vorgehensweise der Jobcenter zur Ermittlung einer angemessenen Miete unzulässig sei und ordnete eine Überprüfung an. Geklagt hatten Betroffene aus den Landkreisen Harz, Börde und dem Salzlandkreis. Die Landkreise hatten von einer Hamburger Firma eine Durchschnittsmiete für Hartz-IV-Empfänger errechnen lassen, die deutlich unter den Richtwerten des Bundessozialgerichtes liegt. Mit dem Urteil werden die Jobcenter nun aufgefordert, die Wohngeldzuschüsse neu zu berechnen. Die Harzer Linkspolitikerinnen erinnern in ihrer Stellungnahme zum Grundsatzurteil an die seit vielen Jahren bei Betroffenen und den großen kommunalen Wohnungsunternehmen im Kreisgebiet in der Kritik stehende Richtlinie des KoBa-Jobcenters für die sogenannten Kosten der Unterkunft (KdU). „Das Verhältnis von Angebots- und Bestandsmieten, die in der KdU-Richtlinie einfließen, haben mit der Realität auf dem Harzer Wohnungsmarkt wenig zu tun und drücken den Mietdurchschnitt zu Lasten der Betroffenen und zu Gunsten des Jobcenter“, so Hohmann und Edler.

<http://www.dielinke-harz.de>

Umsetzung von Sofortmaßnahmen zur Wohnungsnotfallhilfe: LEIPZIG. Die Fraktionen Bündnis 90/Grüne und Die Linke haben gemeinsam je eine Anfrage für die Ratsversammlung für Januar und Februar zur Umsetzung des Fachplanes Wohnungsnotfallhilfe in Leipzig 2018 bis 2022 gestellt. Am vergangenen Montag hatte sich die Arbeitsgemeinschaft Recht auf Wohnen mit den Inhalten und beschlossenen Maßnahmen des Fachplanes befasst, der auf Grund der Dringlichkeit in der Ratsversammlung im Dezember beschlossen worden war. In der Anfrage Januar geht es um dringliche in diesen Winterwochen umzusetzende Sofortmaßnahmen. Die Vertreter der Fraktionen Bündnis 90/Grüne und Die Linke Cordula Rosch und Stadtrat Siegfried Schlegel waren in der AG-Sit-

zung gebeten worden, die Umsetzung von dringlichen Maßnahmen wegen der besonderen Härten für die Menschen ohne Obdach bei der winterlichen Witterung bereits in der Stadtratssitzung am 23. Januar nachzufragen. Das betrifft den ganzjährigen Einsatz eines Hilfebusses ab Winter 2018/19 von 19 bis 23 Uhr und am Wochenende von 16 bis 23 Uhr, um auf der Straße lebende Menschen an den bekannten Aufenthaltsplätzen aufzusuchen und im Ausnahmefall auf ihren Wunsch hin zu einem sicheren Übernachtungsplatz zu bringen. Dieser Bus soll helfen, notärztliche Versorgung zu organisieren und benötigte Medikamente zu beschaffen sowie Schlafsäcke zu verteilen.
<https://www.linksfraktion-leipzig.de>

Linke startet Plakataktion gegen Geschäftsgebaren der Vonovia / Aktuelle Stunde im Stadtrat: DRESDEN. Das Geschäftsgebaren der Vonovia stößt auf immer deutlichere Kritik. Viele Mieterinnen und Mieter beklagen sich deutschlandweit massiv über den Wohnungskonzern – auch in Dresden. So werden vielfach umstrittene Mieterhöhungen, die fehlerhafte Einordnung in höherwertige Wohnlagen sowie drastische Erhöhungen von Betriebskosten durch Mieterinnen und Mieter angeprangert. Die Fraktion Die Linke hat heute eine Plakataktion gegen das Geschäftsgebaren der Vonovia gestartet. Unter dem Motto „Vonovia kontrollieren. Mieter schützen.“ will die Fraktion auf den problematischen Umgang der Vonovia mit den Mieterinnen und Mietern aufmerksam machen. 200 Plakate werden dazu in Dresden aufgehängt. Weiterhin hat die Fraktion Die Linke eine Aktuelle Stunde des Stadtrates zu diesem Thema beantragt.
<http://www.linke-fraktion-dresden.de>

Grundsteuer-Kompromiss wird Mieten in Frankfurt weiter steigen lassen: FRANKFURT A.M. Bundesfinanzministers Olaf Scholz hat die Eckpunkte zur Reform der Grundsteuer vorgestellt. Beim ausgehandelten Kompromiss zwischen dem Bundes- und Länderfinanzminister*innen sollen bei der Berechnung der Grundsteuer zukünftig der Bodenrichtwert, das Alter der Gebäude und die in der Region durchschnittlichen Mietkosten als Basis genommen werden. Michael Müller, finanzpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke im Römer, kritisiert diesen Kompromiss als unzureichend. Das Ziel der Reform müsse eine sozial gerechtere Verteilung der Steuerlast bei Wahrung ihrer Finanzierungsfunktion für die Kommunen sein. Müller: „Besondere Bedeutung muss der Schutz von Mieter*innen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen haben. Um

steigende Mieten zu verhindern, muss die Umlagefähigkeit der Grundsteuer im Rahmen der Betriebskostenverordnung aufgehoben werden. Die Grundsteuer sollte stattdessen ausschließlich die Eigentümer*innen belasten. Im jetzigen Vorschlag von Finanzminister Scholz besteht die reale Gefahr, dass die Mieten in Frankfurt weiter steigen werden. Das Nachsehen haben damit die Mieterinnen und Mieter, die heute schon mit viel zu hohen Mieten zu kämpfen haben.“ Neben der Abschaffung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter*innen müsse sich die Grundsteuer so weit wie möglich am tatsächlichen Wert der Immobilien orientieren, erklärt Müller. Damit folge Die Linke auch den Forderungen des Deutsche Mieterbundes.
<http://www.dielinke-im-roemer.de>

CDU, Grüne, AfD und FDP verhindern bezahlbare Wohnungen der Degewo in BERLIN-ZEHLENDORF. Freie Fahrt im Bezirk gilt nur für private Großinvestoren. Zur heutigen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf und dem dort von CDU, Grünen, AfD und FDP gefassten Beschluss, die Geschossflächenzahl beim Neubauprojekt der Degewo am Wiesenschatz in Zehlendorf auf 1,0 zu begrenzen und dadurch im Vergleich zur ursprünglichen Planung die Zahl der Wohnungen fast zu halbieren (Drs. o845/V; <https://tinyurl.com/y8kbd9l9>), erklärt Hans-Walter Krause, Sprecher der Linksfraktion Steglitz-Zehlendorf für Stadtplanung: „Die Vorplanungen für das Neubauprojekt am Wiesenschatz laufen seit mehreren Jahren. Im gesamten Zeitraum war das Stadtplanungsamt Steglitz-Zehlendorf beteiligt. Durch stetige Einwände hat Schwarz-Grün innerhalb der zurückliegenden Monate in mehreren Schritten dafür gesorgt, dass von der ursprünglichen Planung von knapp über 300 Wohnungen nun nur noch ca. 160 realisiert werden können. Die Halbierung eines der seltenen Bauvorhaben einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft in Steglitz-Zehlendorf ist Ausdruck schwarz-grüner Klientelpolitik. Mit absurd Forderungen an die Bauhöhe und rückwärtsgewandten und ideologischen Stadtentwicklungskonzepten werden faktisch 140 neue Wohnungen im Bezirk verhindert. Über 50 % dieser Einheiten wären zu vergleichsweise günstige Mieten von 6,50 Euro/m² angeboten worden. Sie wären zudem barrierefrei und über einen Fahrstuhl erreichbar gewesen.
<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de>

Die Linke begrüßt neue Sozialbauquote: LÜBECK. Die Fraktion Die Linke in der Lübecker Bürgerschaft begrüßt den

interfraktionellen Vorstoß des progressiven Parteienspektrums zur Einführung einer neuen Sozialbauquote. Bau- und sozialpolitische Sprecher*innen der Fraktion mahnen jedoch gleichzeitig streng die Einhaltung der Quote durch Verwaltung und Politik zu kontrollieren und sie nach und nach auf das Ganze Stadtgebiet auszuweiten. Linke, Grüne, SPD, GAL und Unabhängige hatten im Bauausschuss die neue Quote gemeinsam auf den Weg gebracht. „Grundsätzlich sind wir froh, dass die jahrelangen Warnungen der Linken bezüglich der Krise auf dem Lübecker Wohnungsmarkt endlich über die Parteigrenzen hinweg gehört werden und überhaupt anerkannt wird, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir werten dies auch als rückwirkendes Einverständnis, dass unsere jahrelange Kritik und Mahnung eben keine Panikmache war, wie uns immer wieder vorgeworfen wurde. Gerade wegen dieser Erfahrungen jedoch und auch des Umgangs mit der bisherigen Sozialbauquote von 30 %, die von Verwaltung und Politik nahezu ausgehebelt wurde, werden wir den Prozess im Wohnungsbau weiter besonders kritisch begleiten“, so Sascha Luetkens, baupolitischer Sprecher. Die Linke wertet die Umsetzung auch als Erfolg ihrer Beharrlichkeit gegen alle Widerstände in den vergangenen Jahren.

<http://www.die-linke-luebeck.de>

Sozialmieten müssen mit HARTZ-IV abgedeckt werden: ESSEN. Nach Ansicht der Ratsfaktion Die Linke sind die Forderungen der Essener Mietergemeinschaft vollkommen zutreffend. Der Mietspiegel ist kein geeignetes Instrument zur Berechnung der Sozialmieten. Wie der neue Bericht des Regionalverbands Ruhr zeigt, sind die Preise bei Neuvermietungen zwischen 2012 und 2017 um über 15 Prozent gestiegen. Der Mietspiegel ist zwar 2018 noch erhöht worden, er bemisst aber nur die Inflationsrate und nicht die Vergleichsmieten, weshalb er diese Entwicklung nicht berücksichtigt. Die Vergleichsmieten stellen die aktuelle Preisentwicklung genauer dar und sollten deshalb zur Berechnung herangezogen werden. „Es ist ein Skandal, dass gerade Hartz IV-Beziehende, die öffentliche Gelder erhalten, sich noch nicht einmal eine Sozialwohnung leisten können“, so Ulla Lötzer, für die Linksfraktion im Ausschuss für Soziales. „Wir haben schon im letzten Jahr gefordert, die Richtlinien für die Kosten der Unterkunft dahingehend anzupassen, dass die Miete einer Sozialwohnung grundsätzlich als angemessen gilt.“ Durch die Höherstufung der Stadt Essen bei den Sozialmieten in Klasse 4 liegt Essen mit 6,60 Euro pro Quadratmeter bei Neuvermietungen an der Spitze im

Ruhrgebiet, so dass Hartz IV-Beziehende teilweise nur die Wahl haben, die Mehrkosten aus ihrem Regelsatz zu bezahlen oder in der Obdachlosigkeit zu enden.

<https://www.linksfraktion-essen.de>

Linke fordert qualifizierten Mietspiegel: LÜNEBURG. Die Linksfraktion im Lüneburger Rat beantragt zur kommenden Ratssitzung die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels. Damit sollen Mieter die Möglichkeit haben, sich bei unberechtigten Mieterhöhungen wirksam wehren zu können. Derzeit sind Bewohner Mieterhöhungen um bis zu 15% oft schutzlos ausgeliefert. Wir fordern daher, einen qualifizierten Mietspiegel für Lüneburg zu erstellen, damit der Mietwucher bekämpft und Mieterrechte gestärkt werden können. Die Linksfraktion im Lüneburger Rat beantragt zur kommenden Ratssitzung die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels. Damit sollen Mieter die Möglichkeit haben, sich bei unberechtigten Mieterhöhungen wirksam wehren zu können. Zu den Beweggründen erklärt ihr Fraktionsvorsitzender Michèl Pauly: „Derzeit sind Bewohner Mieterhöhungen um bis zu 15% oft schutzlos ausgeliefert. Solange Lüneburg keinen qualifizierten Mietspiegel hat, ist es für Mieter fast unmöglich, sich zu wehren. Vermieter genügt es, anhand von drei Vergleichswohnungen, die sie selbst auswählen, zu behaupten die Miete sei ortsüblich. Gera- de bei Vermietern, die eine Vielzahl von Wohnungen besitzen oder verwalten und die gut vernetzt sind, ist es ein Leichtes drei teurere Wohnungen – oft aus dem eigenen Bestand – zu finden. Ohne frei zugängliche Daten, die auch länger laufende und oft günstigere Mietverträge miterfassen, haben Mieter kaum Chancen, eine Mieterhöhung zurückzuweisen.

<https://www.dielinke-lueneburg.de>

Ratsfraktion Die Linke: Winterfordert ersten Kältetoten in HANNOVER/Stadtverwaltung muss jetzt reagieren. In Hannovers Innenstadt gibt es in diesem Winter den ersten Kältetoten zu beklagen. Ein obdachloser Mann von Mitte fünfzig ist am Kröpcke verstorben. Passanten fanden den Mann am Sonntagmorgen. Er wurde stark unterkühlt in ein Krankenhaus eingewiesen und starb dort an den Folgen der Kälte. Bereits in der Vergangenheit hat die Ratsfraktion der Linken mehrmals angemahnt, ein niedrigschwelliges Wohnangebot wie „Housing First“ schnell in die Tat umzusetzen, um obdachlosen Menschen schnell ein Dach über dem Kopf ohne die üblichen bürokratischen Hürden bieten zu können. Auch ausreichend bezahlbarer Wohnraum, bedarfsgerechte und menschliche Obdachlosenunterkünfte

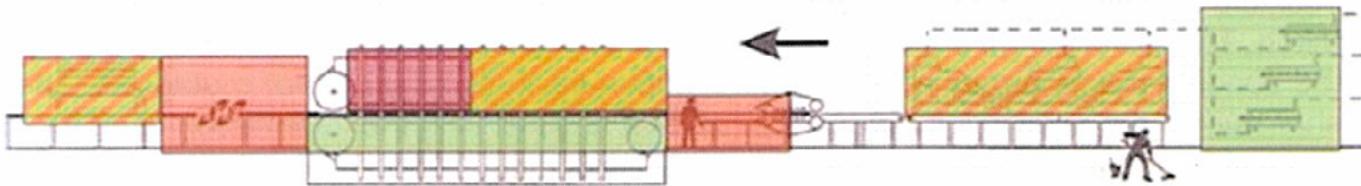
sowie ein zweiter Kältebus wurden von der Ratsfraktion der Linken im Rat mehrmals gefordert. Dazu der baupolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der Linken im Rat der Landeshauptstadt Hannover Dirk Machentanz: „Der tragische Kältetod eines obdachlosen Menschen in Hannover zeigt einmal mehr, dass die Stadtverwaltung mehr denn je gefordert ist, dafür zu sorgen, dass nicht noch mehr Erfrierungspfer zu beklagen sind, es kann nicht sein, dass Wohnraum mehrheitlich nur für die ersten zehn Prozent der Bevölkerung bezahlbar ist und der Rest auf der Strecke bleibt. Zwangsräumungen sollten verboten werden.“

<https://www.dielinke-hannover.de/>

Beitrag zur Wohnraumoffensive: Flächen für bezahlbares Wohnen mobilisieren. BERLIN. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die Kommunen wollen enger kooperieren. Ziel ist es, möglichst schnell entbehrliche bundeseigene Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Dafür haben die BImA sowie der Deutsche Städte- und Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein gemeinsames Informationsschreiben unterzeichnet. Mit der Wohnraumoffensive haben es sich der Bund, die Länder und die Kommunen zum Ziel gesetzt, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu begegnen. Die BImA und die Kommunen wollen deshalb möglichst schnell Flächen mobilisieren, um bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen. Eine wichtige Aufgabe nehmen die Kommunen wahr. Aufgrund ihrer Planungshoheit schaffen sie die planungsrechtlichen Grundlagen für den Wohnungsbau und die damit zusammenhängende Infrastruktur. Einen weiteren wichtigen Beitrag leisten dafür die für Bundeszwecke entbehrlichen Grundstücke im Eigentum der BImA, dem zentralen Immobilienunternehmen des Bundes. So können Kommunen oder kommunale Wohnungsbauunternehmen diese Flächen erwerben und darauf neuen Wohnraum schaffen. Oder es können gemeinsame Projekte von BImA und Kommunen auf diesen Liegenschaften realisiert werden. BImA will auch eigene Wohnungsbauvorhaben umsetzen: Darüber hinaus plant die BImA, eigene Wohnungsbauvorhaben im Rahmen der Wohnungsfürsorge für die Unterbringung von Beschäftigten des Bundes umzusetzen und dadurch ebenfalls zu einer Entlastung angespannter Wohnungsmärkte beizutragen.

<http://www.staedtetag.de>

Siehe auch Entschließung der REALPE, europäisches Netzwerk, Seite 24



EFBH schließt erste Vereinbarung mit europäischem Arbeitgeberverband ab

von ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) und der Europäische Verband der Plattenherstellenden Industrie (EPF) haben Ende November des letzten Jahres eine Vereinbarung über den Schutz der Beschäftigten gegenüber der Exposition von Formaldehyd abgeschlossen.

Formaldehyd ist als Kanzerogen klassifiziert und die Europäische Kommission hat einen Grenzwert von 0,3 PPM (parts per million) vorgeschlagen. Das internationale Krebsforschungszentrum in Lyon klassifiziert Formaldehyd heute als sogenanntes Threshold-Karzinogen, das heißt, es wird davon ausgegangen, dass Expositionen unter einem bestimmten Niveau zu keiner Krebsbildung führt. Etwa die Hälfte der europäischen Formaldehydproduktion wird in der plattenherstellenden Industrie als Formaldehydharze verwandt. Sie dienen als schnell aushärtender Klebstoff in den Platten.

Eine der Voraussetzungen für diese Vereinbarung war die technische Gleichartigkeit des Produktionsprozesses quer durch Europa (siehe hierzu auch den Kasten unten). Die Produktionsanlagen gleichen sich stark und die Bereiche im Produktionsablauf, an denen eine besonders hohe Emission stattfindet, können definiert werden.

Die Vereinbarung beinhaltet technische Vorgaben zu Arbeitsplatzmessungen und zur Risikobeurteilung sowie Vorschläge für Präventionsmaßnahmen. Hierzu wird auch auf ein früheres Projekt der unterzeichnenden Organisationen verwiesen, in dem detaillierte Vorschläge zur technischen Minimierung von Emissionen gemacht wurden. Des Weiteren finden sich in der Vereinbarung Vorgaben zur Arbeitnehmerbeteiligung bei der Risikobeurteilung und den Minimierungsmaßnahmen, zu den Dokumentationspflichten, zur Unterweisung der Beschäftigten sowie zur Streitschlichtung. Strengere nationale Vorschriften sind einzuhalten.

Für die EFBH ist es die erste europaweite Vereinbarung, die mit einem Arbeitgeberverband abgeschlossen wurde. Interessant war in diesem Zusammenhang die interne Diskussion im Vorfeld der Verhandlungen. Hier zeigten sich Änderungen in den tradierten Positionen und Beurteilungen bezüglich europaweiter Vereinbarungen. Waren die skandinavischen Gewerkschaften bisher eher einhellig gegen einen Ausbau dieser Regulierungsebene, haben sich die schwedischen jetzt positiv positioniert, mit dem Hinweis, dass diese Vereinbarung Mindeststandards setzt, die (vor allem) in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten eine deutlich bessere Prävention ermöglichen.

Demgegenüber vertraten die dänischen Gewerkschaften die (eher klassische) Position, dass die europäische Ebene ausschließlich gesetzliche Mindeststandards setzen sollte. Hintergrund ist die starke Stellung der skandinavischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen. Es wird ein Unterlaufen der oft hohen Standards in den Ländern befürchtet, vor allem aber ein einsetzender Bedeutungsverlust, wenn diese Gestaltungsfunktion tendenziell nach Europa verlagert werden sollte. Gewerkschaften aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sehen in der Vereinbarung auch eine Möglichkeit des besseren Zugangs in die betroffenen Betriebe, also ein Hilfsmittel für die Mitgliedergewinnung.

Innerhalb der EFBH und dann mit den Arbeitgebern wurde vor dem Hintergrund dieser Debatte vereinbart, dass die Vereinbarung keine direkte Rechtswirkung in den Ländern hat, sondern dort von den jeweils zuständigen Organisationen erneut vereinbart werden muss. Ebenfalls findet sich in dem Papier an mehreren Stellen (z.B. bei Streitschlichtungsmechanismus) ein Bezug auf die jeweils in den nationalen Arbeitsbeziehungen gültigen Verfahren.

Auf europäischer Ebene soll ein Monitoring bezüglich der Umsetzung der Vereinbarung für die gesamte Industrie organisiert werden.

Formaldehyd in der Plattenproduktion

Die diversen Arten von Holzplatten, basierend auf Spänen, Fasern, Chips usf., werden alle auf langen Produktionsstraßen hergestellt. An deren Beginn wird ein Brei aus dem Basismaterial und Klebern, die z.B. das schnelle Aushärten (formaldehydbasierte Kleber) unterstützen sollen, in die Produktionsanlage eingetragen. Die Gleichartigkeit der Produktionstechnik und damit auch der Arbeitsbedingungen war eine der Voraussetzungen, eine Vereinbarung auf europäischer Eb-



ne abzuschließen. Es musste nicht auf vielfach verschiedene technische Bedingungen und im Gefolge verschiedene Gefährdungssituationen eingegangen werden. Die Emissionen entstehen hauptsächlich beim Erhitzen der Harze, dem Eintragen des Materialbreis

in die Anlage, später beim Bearbeiten (sägen, schleifen), aber auch beim sogenannten Kühlstirnwender (Bild links), wo die Platten abkühlen. Betroffen sind vor allem Wartungs- und Reinigungspersonal, Beschäftigte, die Stichproben nehmen, die in der Störungsbehebung arbeiten oder die kommissionieren.

Bezüglich der Präventionsaktivitäten wiederholt die Vereinbarung die in der europäischen Rahmenrichtlinie zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz verankerte Hierarchie von Maßnahmen: Substitution durch unschädliche oder weniger schädliche Materialien, Reduktion der Emissionen an der Quelle, technische Maßnahmen, persönliche Schutzausrüstung.

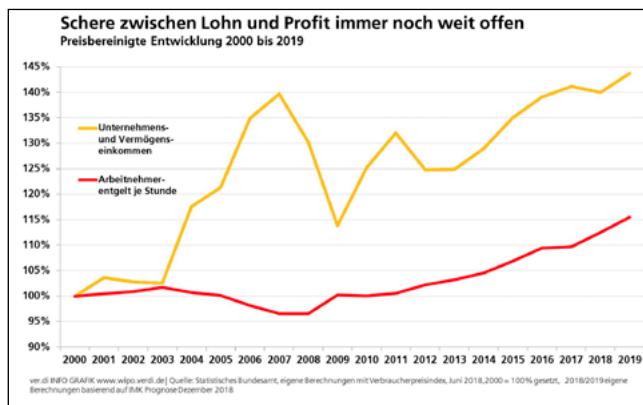
Tarife öffentlicher Dienst Länder: Zweite Verhandlungsrunde gescheitert

Als „meilenweit von einem Durchbruch entfernt“ bezeichnete der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske den Verhandlungstand am Ende der zweiten Runde (6. und 7. Februar, Red.) für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Zwei Tage lang hatten die Vertreter*innen der Gewerkschaften Verdi, Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft der Polizei, IG BAU sowie dbb beamtenbund und tarifunion mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) verhandelt. Aber in zentralen Fragen sei es nicht zu einer Annäherung gekommen, so Bsirske nach Verhandlungsende.

„Jetzt müssen die Kolleginnen und Kollegen im Länderbereich selbst zu Wort kommen“, sagte der Verdi-Vorsitzende. Damit kündigte er bundesweite Warnstreiks und Aktionen bis zur nächsten

Vorsitzende Frank Bsirske mit 6,4 Milliarden Euro.

In der Zwischenzeit haben bundesweit zahlreiche Beschäftigte die gewerkschaftlichen Forderungen mit Aktionen, Warnstreiks und Kundgebungen unterstützt. In der Pflege fordert Verdi zusätzlich die Anhebung der Tabellenwerte der sogenannten Pflegetabelle um 300 Euro. Für Beschäftigte im Wechselschicht und Schichtdienst soll der Zusatzurlaub um 50 Prozent angehoben werden. Gleichzeitig erwartet die Verdi-Bundestarifkommission Öffentlicher Dienst für die Länderbeschäftigte strukturelle Verbesserungen in der Eingruppierung, wie sie bereits bei den Verhandlungen mit dem Bund und den Kommunen vollzogen wurden. Auch soll die Entgeltordnung verbessert werden.



Verhandlungs runde an. Weiter verhandelt wird am 28. Februar und 1. März in Potsdam. Die Beschäftigten der 15 Bundesländer – nur Hessen ist nicht Mitglied der TDL – müssten jetzt Flagge zeigen, damit in der nächsten Verhandlungs runde ein Durchbruch gelingen kann, so Bsirske.

Mit einer Forderung von 6,0 Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr, ist Verdi in die Tarif- und Besoldungs runde für knapp 2,3 Millionen Beschäftigten der Bundesländer gegangen. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen. Das hat die Verdi-Bundestarifkommission am 20. Dezember beschlossen. Die Azubis sollen mindestens 100 Euro im Monat mehr bekommen. Für die Azubis und Praktikant*innen soll die Übernahmeregelung nach erfolgreicher Ausbildung wieder in Kraft genommen werden. Ihr Urlaubsanspruch soll auf 30 Tage angehoben werden. Damit entsprechen die Forderungen denen, die Verdi in der Tarif- und Besoldungs runde auch für die Beschäftigten von Bund und Kommunen Anfang des Jahres gestellt hat. Das Gesamtvolume bezifferte der Verdi-

ihnen sind verbeamtet, hinzu kommen 95 000 Anwärter*innen. Daher fordert Verdi, die Tarifabschlüsse zeit- und wirkungsgleich auf die Beamt*innen zu übertragen. Von dieser Tarifrunde profitieren nicht nur die Beamt*innen, die bei den Ländern arbeiten, sondern auch kommunale Beamt*innen. Insgesamt wirken sich die Verhandlungsergebnisse auf rund weitere 3,3 Millionen Menschen aus, dazu zählen auch die Versorgungsempfänger*innen.

In den kommenden Jahren geht bis zu einem Drittel der Länderbeschäftigte in Rente. Daher müsse der öffentliche Dienst der Länder seinen Beschäftigten ein attraktives Angebot machen, so der Verdi-Vorsitzende. Die Länder konkurrieren bereits heute mit der Privatwirtschaft um Fachkräfte. Dies zeichne sich besonders bei den Meister*innen, Techniker*innen und Ingenieur*innen, aber auch im IT-Bereich und bei der Feuerwehr ab. Seit dem Jahr 2000 seien die Einkommen der Länderbeschäftigte um 44,8 Prozent gestiegen, in der Gesamtwirtschaft jedoch um 48,3 Prozent.

<https://wir-sind-es-wert.verdi.de>

DOK: Blick in die Presse

THEMA: ÖD-TARIFE

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN

Haustarif in Hessen. Hessen ist aus Spargründen seit 2004 nicht mehr im Arbeitgeberverband TDL. Der Bund der Steuerzahler hat jedoch errechnet, dass die Tariferhöhungen in Hessen für die Beschäftigten des Landes seither nicht geringer waren als bei den Bundesländern, die in der TDL geblieben sind. Innenminister Peter Beuth (CDU) hat die aktuellen Tarifforderungen von sechs Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr pro Monat als „völlig überzogen und unangemessen“ zurückgewiesen. (Hessenschau 1.2.19)

IG BAU (Forst) verhandelt mit in der Tarifrunde ÖD/Länder. „Beschäftigten müssen am allgemeinen Wirtschaftswachstum gerecht beteiligt werden. Ohnehin sind die Entgelte der Länder im Vergleich zu denen im gesamten öffentlichen Dienst die niedrigsten. Hier gibt es Aufholbedarf“, sagte der Stv. IG BAU-Bundesvorsitzende H. Schaum.

Die Mitglieder der Bundesvertretung Beamtinnen/Beamte und Angestellte in Forst und Naturschutz stellen klar: „Fürster und Waldarbeiter sichern mit ihrer Arbeit alle gesellschaftlich gewollten Funktionen des Waldes“. Gemeint ist damit Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Schutz für Trinkwasser und saubere Luft, Erholungsraum für Menschen sowie als Lieferant von Papier, Bau- und Brennholz und als CO₂-Speicher, um die Erderwärmung zu drosseln. „Der Umbau hin zu einem klimastabilisierenden Wald erfordert flächendeckend das Engagement von gut qualifiziertem Fachpersonal“, so die IG BAU-Experten. (21.1.19, igbau.de)

GEW zur Tarifrunde der Länderbeschäftigte/ÖD. Die GEW-Vorsitzende M. Tepe erklärt zu den Auftaktverhandlungen: „Die Länderhaushalte haben auch im vergangenen Jahr einen Milliardenüberschuss im zweistelligen Bereich erwirtschaftet, die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung sind weiterhin positiv.“ Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro. Zudem sollen die Einkommen der im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder Beschäftigten an den Verdienst der Kolleginnen und Kollegen bei den Kommunen angeglichen werden. – Die GEW verlangt zusätzlich Verbesserungen bei der Eingruppierung angestellter Lehrkräfte und die Einführung der „Paralleltabelle“, damit die vergleichbare Bezahlung von Angestellten und vergleichbaren verbeamteten Lehrkräften sichergestellt sei. (31.1.19, gew.de)

Für die Identitäre Bewegung sind wir Feinde, wir werden offen verabscheut, so die Frankfurter Kulturdezernentin I. Hartwig. Mit der Erklärung von 50 Institutionen wurde Frankfurt a.M. Teil der bundesweiten Aktion „Die Vielen“, bei der sich die Kulturszene gegen rechtspopulistische Vereinnahmung und Intoleranz einsetzt.

Kaderschmiede der Rechtspopulisten gegen Darwin, Islam, Elite geplant. S. Bannons Organisation „Die Bewegung“ will euroskeptische nationalistische Parteien vor den Europawahlen zusammenbringen. Bannon plant zusammen mit B. Harnwell, Gründer der ultrakonservativen Denkfabrik „Dignitatis Humanae Institute“ eine Akademie für bis zu 350 Studierende in Italien, die zur Verteidigung der christlich-jüdischen Basis der westlichen Zivilisation ausgebildet werden müssten zum Kampf gegen radikale Säkularisten, die korrupte, globalisierte Elite, Massenzuwanderung aus Afrika und zunehmende Islamisierung des Westens. Harnwell verteidigt, dass der Mensch nach dem Vorbild Gottes geschaffen worden sei gegen Darwins „monströse Evolutionstheorie“. D. Bianchi, ehemalige Abgeordnete und Kulturverantwortliche der Region Latium, organisierte einen Protestmarsch mit rund 350 Vertreter aus Politik und Kultur sowie Verbänden durch, weitere Demonstrationen sind geplant. Die Gegner des Projektes fordern die Vergabe an Harnwells Institut zu nullifizieren. Bei der Eingabe des Projektes sei keine Rede von einer Populisten-Schule und Bannon gewesen. Innenminister M. Salvini pflegt freundschaftliche Kontakte zu Bannon, auch A. Weidel, AfD, die von Bannon lernen will. (NZZ, 9.5.18, 23.1.19)

Die Kritischen Polizisten zum Polizeikandal in Hessen: „Wer die Rechtslastigkeit nach dem NSU-Komplex noch abstreitet, hat ein Wahrnehmungsproblem oder nimmt schlicht Interessen wahr. Die Interessen einer Polizei in einem Rechtsstaat können das jedenfalls nicht sein. Die ausländerfeindlichen und gegen beschwerdeschwache Bevölkerungsgruppen gerichteten Handlungen sind rechtsextremistisch und weit entfernt von einer Ausnahmekonstellation. Es handelt sich um tiefgehende menschenfeindliche Grundeinstellungen. Auch das sind keine Einzelfälle.“

Die entscheidende Stellschraube für eine überfällige Kurskorrektur sind die Innenminister. Entscheidend bleibt, ob endlich der politische Wille reift, un-

abhängige Beschwerdestellen, Kennzeichnungen für PolizeibeamtInnen etc. einzurichten.“ (kritische-polizisten.de, Aktuelles)

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kam Beschwerde der Sea-Watch 3 nach. Italien als Mitgliedstaat des Europarats musste auf Anordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte den Flüchtlingen auf dem blockierten Rettungsschiff „Sea-Watch 3“ unverzüglich medizinische Unterstützung, Essen und Getränke zukommen lassen und regelmäßig über die Lage auf dem Schiff informieren. Der Gerichtshof kann in Fällen drohender Menschenrechtsverletzungen einschreiten und Staaten anweisen, Abhilfe zu schaffen. Die Antragsteller beschwerten sich, dass sie ohne rechtliche Grundlage an Bord festgehalten würden bei gesundheitlichen Problemen der 47 Flüchtlinge, die die deutsche Hilfsorganisation Sea-Watch vor Lybien aufgenommen hatte. Ihrer Forderung, dass die Geretteten das Boot verlassen dürfen, kam das Gericht aber nicht nach. Italiens Innenminister M. Salvini betonte, die Geretteten könnten in Italien nur an Land gehen, wenn sie anschließend von Deutschland oder den Niederlanden aufgenommen würden. Deutschland, Malta, Frankreich, Portugal und Rumänien zeigten Bereitschaft, die Menschen aufzunehmen. Italiens sozialdemokratische Oppositionspartei PD (Partito Democratico) erstattete Anzeige gegen die Regierung wegen des Umgangs mit den Flüchtlingen. PD-Chef M. Martina war entgegen dem Verbot der Hafenbehörde an Bord des Schiffes gegangen. (NZZ, 29.1.19)

Die Deutsche Kinderhilfe e.V. ist entsetzt über rassistisches Lehrmaterials an einer sächsischen Oberschule. Ein Biologiebuch sei genutzt worden, das die Rassenlehre vermittelte. Die Schülerinnen und Schüler hatten danach die Aufgabe, Schaubilder anhand äußerer Merkmale wie dicken Nasen und gelber Haut, Rassekreisen zuzuordnen. „Rasselehren haben nichts mit Wissenschaft zu tun. Sie sind diskriminierend und menschenfeindlich. Sie gehören weder in Schulbücher, noch in die Köpfe der Menschen“, sagt R. Becker, Vorstandsvorsitzender der Ständigen Kindervertretung. Das Kultusministerium sagte, es handle sich um ein altes Themenheft, das aber nicht im Schulbuchverzeichnis enthalten sei. (Deutsche Kinderhilfe e.V.; Sächsisches Staatsministerium für Kultus.)

Das RomArchive

– ein dialogisches Projekt mit europäischer Ausrichtung aus der Perspektive der Minderheit

Rosemarie Steffens, Langen. Am 24. Januar 2019 wurde das digitale RomArchive freigeschaltet und feierlich der Öffentlichkeit übergeben. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats deutscher Roma und Sinti, machte bei der Festveranstaltung die Bedeutung dieses Werks klar. Wir dokumentieren seine Rede in Auszügen.

„Das Ziel für das RomArchive ist, das kulturelle Erbe von Sinti und Roma zu dokumentieren und den hohen Wert dieser Kultur, die lange ausgegrenzt und ... unsichtbar war, der Öffentlichkeit nahezubringen. Deshalb hat dieses Projekt für unsre gesamte Minderheit eine so große Bedeutung. Es geht darum, Sinti und Roma in ihren Heimatländern in Europa sichtbar werden zu lassen. Das Projekt RomArchive (ist) eine Chance vor allen Dingen, weil hier Sinti und Roma als Kuratoren eine neue, quer zu traditionellen Wahrnehmungsmustern stehende Perspektive entwickeln können. Das Projekt ist ein dialogisches Projekt, bei dem zum einen die Perspektive der Minderheit zum entscheidenden Kriterium für die Präsentation der Bilder und Dokumente, der Film- und Tonbeispiele gemacht, und gleichzeitig die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Minderheit und Mehrheit – in beiden Richtungen wahlgemerkt – als Normalität etabliert wurde. ... Es ist wichtig, daß die Geschichte der NS-Verfolgung als ein Teil unserer gemeinsamen Geschichte in Deutschland und in Europa wahrgenommen und begriffen wird. Die Quellen hierzu stammen ausschließlich von Sinti und Roma selbst, sind also „Stimmen der Verfolgten“, die jahrzehntelang ungehört geblieben sind. Das Projekt zeigt, daß Roma in Europa gerade keine homogene Gruppe sind, sondern sich ... in den jeweiligen Staaten und Regionen in vielfältiger Weise unterscheiden. Dieser Aspekt erscheint mir gerade deshalb wichtig, weil wir aktuell in einer Zeit zu leben scheinen, in der die Homogenität des Nationalstaates wieder eine ungesunde Dimension anzunehmen droht. Vielfalt wird nicht als Bereicherung unseres Lebens, sondern seit einiger Zeit geradezu als Bedrohung der Nation dargestellt und empfunden. Das RomArchive wird gleichwohl nie fertig sein, sondern es soll und wird sich weiter entwickeln und die Vielfalt der kulturellen Leistungen von Sinti und Roma in Europa dokumentieren und zugänglich machen. Hierfür müssen die europäi-

schen Institutionen wie die Regierungen in den jeweiligen Ländern ... die Institution des RomArchive international weiter auszubauen. ...“

Wie kam es zu diesem Projekt?

In den letzten Jahren entstanden viele Projekte, bei denen Roma und Sinti ihre Kunst, Kultur und Geschichte selbstbewusst präsentierten. Die Idee für RomArchive basiert auf intensiver Recherche und vielen Interviews der Projektinitiatorinnen Franziska Sauerbrey und Isabel Raabe europaweit mit Kunstschaftern, Kuratoren, Aktivistinnen und Wissenschaftler_innen dieser Minderheit, in denen Bedarf nach einem international zugänglichen Ort formuliert wurde, der Kulturen und Geschichten der Roma und Sinti sichtbar macht. 2014 wurde die Bundeskulturstiftung, eine der bedeutendsten europäischen Stiftungen, davon überzeugt, das RomArchive finanziell zu unterstützen. Künftiger Träger wird das Europäische Roma-Institut für Kunst und Kultur in Berlin sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat für die nächsten fünf Jahre Fördermittel zugesagt.

Den beständigen Fremdbeschreibungen und Stereotypen der Mehrheitsbevölkerungen, mit einer Mischung aus Faszination und Verachtung, die sich auch darin offenbart, dass die vielfältigen Kulturen von Sinti und Roma in europäischen Kulturinstitutionen weitgehend unberücksichtigt bleiben, sollte durch Aufklärung über ihre gesellschaftlichen Realitäten durch selbst erzählte Gegengeschichten begegnet werden.

In allen entscheidenden Positionen des Projektes gestalteten Roma und Sinti das Archiv selbst. Durch die über Europa hinausgehende Vernetzung von ca. 150 Projektbeteiligten aus 15 Ländern kamen verschiedenste Interessen, kulturelle Identitäten und nationale Eigenheiten an einen Tisch und während der fünfjährigen Aufbauphase wurde ein gemeinsames Ziel diskutiert: Wie kann Selbstpräsentation trotz aller Unterschiede und wie können positive Gegengeschichten gelingen? RomArchive respektiert die Diversität, erzählt unterschiedliche Geschichten und präsentiert ein Panoptikum vielfältiger Kulturen als Teil der europäischen Kulturgeschichte. (aus der Rubrik: Idee, Beirat, Team)

Wie ist dieses Internet-Archiv aufgebaut?

Klar und ansprechend, mit der Möglichkeit aus den drei Sprachen Englisch, Romanes und Deutsch auszuwählen, präsentiert die Titelseite lebendige Fotos von spielerisch oder sportlich Aktiven und von Menschen im „normalen Leben“. Beim Öffnen der Seiten schieben sich nach-



Die erste internationale Gedenkundgebung am 27. Oktober 1979 auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen erinnerte an die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma. Romani Rose mit Simone Veil

Copyright: Friedrich Stark. Lizenziert unter CC-BY-NC-ND 4.0 International. Zur Verfügung gestellt vom Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (Heidelberg)

einander drei Tafeln in das Sichtfeld: „Es ist unsere Kultur“, „Identitäten dekonstruieren“ und „Wissen entkolonisieren“. Damit sind die Akteure und die Ziele definiert. Folgende zentrale Rubriken, die zum Stöbern und Forschen einladen, stehen im Fokus:

Bilderpolitik

Als Roma und Sinti spätestens Ende des 19. Jahrhunderts verstärkt unter staatliche Repression gerieten, entstandene Fotografien, die sie als „gefährliche Elemente“ darstellen. Nach 1945 wurde die Verfolgungsgeschichte kaum thematisiert, populäre Fotobände aber auch Illustrationen in der Presse hielten, als ob zwischen 1933 und 1945 nichts geschehen sei, weiter an der romantisierenden und diskriminierenden Darstellung der Roma und Sinti fest. Erst in den 1970er und 80er Jahren wurde, zumindest in der BRD, diese Sichtweise einer ersten Revision unterzogen. Politische und soziale Bürgerrechtsbewegungen begannen den Dialog zwischen Mehrheitsgesellschaft und Sinti und Roma. Die öffentliche Darstellung diversifizierte sich. Auch in der Fotografie schlug sich dieser emanzipatorische Schritt nieder. „Wir brauchen Fotografien, die uns menschenwürdig darstellen, Bilder über Sinti und Roma, die an das verlorene Wissen über die gemeinsam erlebte Geschichte in Europa anknüpfen ...“ (Aus: Bilderpolitik, André Raatzsch)

Die Künste und Kulturen

„Der Reichtum einer jahrhundertealten und bis in die Gegenwart überaus lebendigen und vielseitigen künstlerischen und kulturellen Produktion wird hier erstmals in diesem Umfang öffentlich sichtbar“ (Katalin Bársny). Auch durch Hörbeispiele und Videos werden die Werke in den Rubriken Film, Musik, Flamenco, Tanz, Theater und Drama sowie Literatur, vorgestellt und gewürdigt als Beiträge zur europäischen Kulturgeschichte. 35 Filme wurden z.B. detauflin ausgewählt, wie genau ihnen die

Darstellung von Roma-Gemeinschaften und -Charakteren gelingt und ob sie ihre Kultur, Sprache, Traditionen, Mythen und ihre alltäglichen Lebensbedingungen verständlich machen können.

Antiziganismus

Die Geschichte der Roma und Sinti und anderer Gruppen, die ebenfalls die Sprache Romanes sprechen, wie die Kalderasch, Lalleri, Lowara, Manusch, wird ausgehend von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma dargestellt. Speziellere Themen wie „Transnationale Roma-Bewegungen mit dem Ziel der Durchsetzung von Bürgerrechten nach dem Holocaust“, oder „Politik der historischen Gerechtigkeit und der Kampf gegen den Antiziganismus“ findet man in Untergliederungen. Das Anliegen, den Holocaust an den Roma und Sinti offiziell einzugehen, und Aufarbeitungs- und Entschädigungsforderungen an Deutschland waren für die Ausformung der Bürgerrechtsbewegung in Deutschland, aber auch für den Kreis von Intellektuellen, der in den 1950er Jahren den Weg für die internationale Roma-Bewegung ebnete, von zentraler Bedeutung. Beispiele aus verschiedenen Ländern zeigen, welche Fortschritte die letzten beiden Generationen von Roma-Aktivist_innen erzielen konnten. (Jan Selling)

Voices of the victims (Stimmen der Opfer)

Hunderttausende waren von 1933 bis -45 im Deutschen Reich und in den von ihm besetzten oder mit ihm kollaborierenden Ländern der rassistischen Stigmatisierung, Gewalt und Tötungsverbrechen ausgesetzt. Viele erschütternde Berichte von Betroffenen sind in dieser Rubrik zu lesen und zu hören.

Im Mai 2019 wird RomArchive Bestandteil des Roma-Pavillons der Biennale von Venedig sein.

Das RomArchive ist unter:

www.romarchive.eu zugänglich.

Der Besuch dieses großartigen Archivs erschließt neue Horizonte!

Warfleth: Ein Konzert für Europa!

Johann Witte, Bremen. Warfleth ist ein Dorf direkt am Weserdeich und gehört zur Gemeinde Berne in der südlichen Wesermarsch zwischen Lemwerder und Elsfleth. Berne hat mit seinen 44 Ortsteilen ca. 6800 Einwohner (80 Einwohner pro Quadratkilometer). Seit elf Jahren wird in der kleinen Warflether Kirche von 1350 unter dem Titel „Berne bringt...“ ein Kultur- und Konzertprogramm mit hochrangigen Künstlern angeboten. Das dritte Warflether Neujahrskonzert am 6.1.2019 mit Jonian Ilias Kadesha (Violine), Vashti Hunter (Violoncello) und Theo Plath (Fagott) stand unter dem Motto

„Happy Neujahr, Europé!“. Bei der Eröffnung des Konzerts waren alle 120 Plätze besetzt, als auf die Bedeutung der Europawahlen 2019 und die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses für den Frieden in Europa hingewiesen wurde. Deutlich gemacht wurde dies u.a. mit einer Übersicht im Programmheft, die die aufgeführten Werke und Texte den zwischen 1585 und 2002 stattgefundenen europäischen Kriegen gegenüberstellt. Die Ausführungen zum Konzept des Konzerts werden – leicht gekürzt – mit freundlicher Genehmigung des Verfassers, Reinhard Rakow, dokumentiert.

„Happy Neujahr, Europé!“ – das Konzert, das Konzept

Die Idee eines ‚europäischen‘ Konzerts entstand letztlich infolge des Fehlens von Originalliteratur für ein mit Geige, Cello und Fagott besetztes Trio. Sie entzündete sich am Durchspielender möglichen Solo- und Duett-Varianten. „Ich spiele Bach“, „wir spielen Skalottas“ – damit lag er in der Luft, ein Brite (Purcell) als Dritter im Bunde, und mit ihm der Gedanke, das dritte Warflether Neujahrskonzert Europa zu widmen; ein Italiener (Paganini), ein Österreicher (Mozart), ein Schweizer (Holliger) und ein Ungar (Kodály) waren im Kontext gerne willkommen. Und böte 2019 sich nicht schon wegen des 70. Geburtstags des Europarates dazu an, es als Europajahr musikalisch zu feiern? Oder/ trotz Trump und Orbán, Brexit und PiS? Mag auch die (vermeintliche) Verschiedenartigkeit der Zungen – die Lesungen des Abends künden jedoch zugleich von der Verwandtschaft der Rhythmen, Syntaxen und Bilder benachbarter Sprachen – mag sie noch zur Abgrenzung von Sprachräumen taugen und als Wasser auf die Mühlen politischer Chauvinisten: Am schönsten und am deutlichsten widerlegt Musik alle völkischen Fiktionen, sie ist es, die den aus Blut und Boden abgeleiteten Gedanken „Nation“ aufs Überzeugendste und Unmittelbarste als Trugbild entlarvt, Chimäre und Fantasmagorie.

2014 legte die Eisenacher Schau „Blut und Geist“ den Finger auf eine sorgsam verdrängte deutsche Wunde, die der direkten Abstammung unseres aktuellen Bach-Hypes aus dem von Nazis erfundenen und kultivierten Bach-Hype. Die NZZ damals: „Bach-Feste und Konzertübertragungen im Radio, dem Volksempfänger, trieben die Popularisierung des großen Johann Sebastian voran. NS-Abstammungslehren rühmten Bachs hohe Musikalität als ‚Ergebnis einer gelungenen Inzucht‘. Musikwissenschaftler steuerten willig ihren Beitrag zu Bachs

Arisierung bei. Da wurde Bachs Polyfonie auf die ‚Lurenmusik der Germanen‘ zurückgeführt, und man betonte das ‚Volksliedhafte‘ in Bachs Chorälen, was ‚in einer Zeit wachsender Überfremdung deutscher Musik erneuernde Blutzufuhr von der Wurzel her bedeutet‘ habe. Friedrich Blume (ein Musikprofessor, der noch bis 1958 in Kiel lehren durfte – R.R.) faselte, dass eben dies rassistische Moment, das nordische, es ist, was Heutige an Bach so gewaltig ergreift.“

Alles Quatsch. Blume und Volksgenossen irrten. Auch wenn Bach sich, anders als der praktizierende Pan-europäer Telemann, ausschließlich in deutschen Ländern redlich nährte und vermehrte, war er keineswegs, wie von den Nazis postuliert, „der deutsches aller deutschen Komponisten“. Tatsächlich gibt es weder „deutscheste“ noch „deutsche“ Musik. Bach bediente sich in großem Stil bei Vivaldi, Corelli und anderen italienischen Komponisten, er pflegte in seiner Musik den französischen und den italienischen

Stil, verkehrte mit Fürsten, die sich in französischem Gehabe zu überbieten trachteten. Verfasste Satzbezeichnungen und Spielanweisungen in Französisch, Lateinisch, Italienisch. (Dass es ausgerechnet Mendelssohn war, einer von jüdischem Blut, dem Bachs Wiederentdeckung zu verdanken ist, macht das Ganze endgültig zu einem Treppenwitz der Musikgeschichte.) Romain Rollands wunderbares Buch „Musikalische Reise ins Land der Vergangenheit“ (zu lesen im Netz unter „Projekt Gutenberg“) entnehmen wir eine plastische Darstellung der europäischen Musikgeschichte, wie sich Melodien und Instrumente, musikalische Idiome, Farben und Neuheiten des Vielvölkerraumes Europa (Menuhin spricht vom europäischen „Kompost“) über die Jahrhunderte durchmischt haben – nicht zu einem Einheitsbrei ohne unterscheidbare Zutaten, wohl aber zu einer Musik, deren Wurzeln in Idee und Substanz multinational genährt waren und auch so funktionierten und funktionieren. Rolland, dem großen Literaten, Musikkritiker und Pazifisten, der als Franzose mitten im Ersten Weltkrieg die Aussöhnung mit den Deutschen propagierte, geht es darum, nationale Scheuklappen gar nicht erst aufzusetzen und Begegnung, Lernen, Respekt und Austausch stets und unbedingt zuzulassen. (Nebenbei: Ich habe mich lange gefragt, wie Bach, ganz ohne schnelles Internet so rasch und so effektiv aus Quellen jenseits der Alpen „klauen“ konnte. Ein Musikologe klärte auf, das sei den ausführenden Musikern zu verdanken gewesen. Auf den Gipfeln ist die Luft dünn, wer da atmen kann, für den ist die Welt ein Dorf. Spitzenmusiker seien schon seit jeher „Global“ orientiert und „global“ unterwegs gewesen und hätten so die Austausche, in jegliche Richtung!, entscheidend befördert.) Rolland schreibt von Telemann



Die Kirche von Warfleth. Bei der Eröffnung des Konzerts waren alle 120 Plätze besetzt.

in Polen, von Händel und Haydn in England, von Moden, die da entstanden und dort oder dort und schließlich hier oder sonstwo oder überall heimisch wurden – bis sie abgelöst oder überlagert wurden durch oder gekreuzt mit neuen, aus dem eigenen Land oder von ganz weit weg. Gedanken kennen keine Grenzen, das war schon immer so. Sie befanden einander über die Schlagbäume hinweg, ohne nach Herkunft zu fragen und ohne auf nationale Stempel zu schielen.

Yehudi Menuhin hat das in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Personen wie seinem Lehrer George Enescu, diesem vielsprachigen, in den Philosophien der Welt, in Rumänien, in Amerika und in Frankreich beheimateten Denker, Lehrer, Musiker und Komponisten festgemacht. Mit Persönlichkeiten wie Enescu, Bartók, Telemann, Menuhin selbst natürlich (und s.o. Rolland – nur Beispiele neben vielen anderen) die die Offenheit des Denkens lebten und förderten, mit solchen Menschen in den Zentralen der Macht hätten sich wohl viele Kriege verhindern lassen. Menuhin hatte recht: „Allein Kultur wird uns, indem sie Verschiedenartiges vereint, zu einem wirklichen europäischen Bewußtsein verhelfen, denn es ist die Entfaltung der Unterschiedlichkeiten der Kulturen, die Europa zu seiner vollen Leuchtkraft verhilft“.

Ich wollte; Europa wäre auf diesem Weg weiter. Und ich finde auch, dass ein Friedensnobelpreisträger die Verpflichtung hat, sich nicht abzuschotten als Insel von Mammon und Wohlsein, sondern dass er Menschenrechte auch „Eindringlingen“ zu gewähren hat. Und weiß, dass die gern hergezeigte 70-Jahre-Friedens-Weste nicht blütenrein ist, spätestens seit Jugoslawien. Und doch ist es eine Tatsache, dass die Schaffung der Europäischen Union und der weiteren europäischen Institutionen Millionen und Abermillionen von Menschen davor bewahrt hat, in Kriegen zu sterben, die ohne diese Institutionen mit hoher und höchster Wahrscheinlichkeit längst ausgebrochen wären.. Das lehrt die Geschichte.

Ein Griech, eine Britin und mitten drin ein Deutscher. Was ließe sich da historisch erzählen. Wie könnte man sich aufregen! Aber keinen kratzt es, warum auch? Drei junge Menschen, große Künstler, zufällig Europäer, feiern mit ihrer Musik Neujahr in einer kleinen Kirche am Weserdeich, mitten in Europa, zusammen mit anderen Menschen, die Musik mögen, und alle freuen sich, und die Gäste strahlen und sagen „Die müssen wiederkommen!“ Fast scheint es, als wäre Geschichte zu etwas nutze gewesen.

„Wahrlich, ich lebe in lichteren Zeiten.“
R.R.

Brasilien nach der Wahl Bolsonaros

ACHIM WAHL*

Mit 55 Prozent aller Wählerstimmen wurde der ehemalige Hauptmann Jair Bolsonaro der Partido Social Liberal zum neuen Präsidenten Brasiliens gewählt. Für seinen Konkurrenten der Arbeiterpartei Fernando Haddad stimmten 44 Prozent. Insgesamt blieben 31 Millionen (21 Prozent) Menschen der Wahl fern. Wie wird sich die Innen- und Außenpolitik Brasiliens unter diesem Präsidenten verändern?

Die Position Bolsonaros im Wahlkampf war antisystemisch, vor allem trat er gegen die Arbeiterpartei (PT) auf und bevorzugte eine aggressive antifeministische, machistische, fremdenfeindliche Sprache.

Zugleich verherrlichte er die Militärdiktatur (1964–1985). Die Wahl bescherzte der Fraktion der Boi, Biblia und Bala (BBB = Ochse, Bibel und Kugel – als Synonyme für Agrobusiness, Evangelikale und Militär) die Mehrheit im Kongress und Senat. Bolsonaros Partei hat die zweitstärkste Fraktion im Kongress. Immerhin stellt die PT die stärkste Fraktion, wird aber gegenüber der sich formierenden Fraktion Partido Social Liberal (PSL) evangelikaler und rechter Parteien in der Minderheit bleiben. In 16 von 27 Bundesstaaten, u. a. in São Paulo, Minas Gerais und Rio, gewannen Bolsonaro und rechte Parteien die Gouverneursposten.

Im Nordosten konnte hingegen die PT Stimmen und vier Gouverneure gewinnen, was darauf hindeutet, dass Brasilien ein gespaltenes Land ist.

Das „linke Lager“ trat nicht geschlossen auf. Der brasilianische Staat gilt als zuständig und wird vom Justiz- und Polizeiapparat und der Staatsanwaltschaft beherrscht, die die Antikorruptionskampagne „Lava Jato“ dominant realisierten. Die Wahlkampagne war geprägt durch die massenhafte Verbreitung von Fake News über WhatsApp und Facebook.

83 Prozent der brasilianischen Bevölkerung nutzen die sozialen Medien, sodass diese Kampagne sichtbare Erfolge erzielte. Eine Untersuchung zur Verbreitung massenhafter Fake News

wurde – wie auch andere Forderungen demokratischer Kräfte – von Gerichten abgelehnt. Der Einsatz von WhatsApp im Wahlkampf war beispiellos und wurde von externen Kräften aktiv unterstützt. Faktisch gelang es auf diese Weise, das Rechtssystem außer Kraft zu setzen und das demokratische System auszuhebeln. Dieses Machtkartell wurde zu einem neuen Instrument des „sanften Putsches“ gegen die Präsidentin Dilma Rousseff, was 2016 zu ihrer Amtsenthebung führte, und ein Instrument des Wahlkampfes zugunsten Bolsonaros.

Zum Charakter der Regierung Bolsonaros

So wie die Wahlkampagne von Androhung über „Säuberungen“ und der Diffamierung sozialer Bewegungen als „terroristische Organisationen“ geprägt war, gestaltet sich aktuell die Formierung der Regierung. Bolsonaro ist nicht schlechthin ein „Trump Südamerikas“, denn seine Haltung wird geprägt von faschistoiden Zügen, die mit einer völligen Ablehnung der Politik der Vorgängerregierungen einhergehen. In Brasilien steht ein Prozess zur Umorientierung des Landes bevor. Dem brasilianischen Kapital und Teilen der brasilianischen Bourgeoisie, die mit internationalem Kapital verbunden sind, geht es um uneingeschränkte Ausübung der Macht. Eine Politik des Ausgleichs, die der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (2003–2011) realisiert hatte, ist vorbei und wird durch einen Klassenkampf von oben ersetzt. Das wird unterstützt durch die neue Rechte, die nicht nur in Brasilien entstand. Grundsätzlich sind drei wesentliche Veränderungen zu erwarten:

Erstens eine verstärkte Annäherung an die USA und Entwicklung der militärischen Beziehungen zu den USA und Israel, verbunden mit einer sich intensivierenden Tätigkeit militärischer Unternehmen in Brasilien. Schon mit der Durchführung des Manöver AmazonLog im Amazonasgebiet im November 2017 durch den De-facto-Präsidenten Michel Temer wurde eine Hinwendung zu den USA eingeleitet. Unter Bolsonaro wird



* Achim Wahl

geb. 1936, Politikwissenschaftler und Lateinamerikanist, Mitarbeiter im Gesprächskreis Frieden und Sicherheit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mail: wahl_achim@yahoo.de

Dieser Beitrag erschien in der Nr. 148 der Weltrends (Februar 2019). Wir danken dem Autor für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.



Militär, Polizei, Privatisierung – Bolsonaro orchestriert die rechte Wende

sich diese Zusammenarbeit verstärken und die bisherige Ablehnung der Präsenz des US-Militärs oder die Teilnahme an gemeinsamen Manövern aufgehoben. Das kann besonders den Zugriff auf die brasilianische Militärbasis in Alcantra (Staat Maranhão) an der Grenze zu Venezuela betreffen.

Zweitens wird Bolsonaro, unterstützt und gefördert durch seinen zukünftigen Wirtschaftsminister Paulo Guedes, einem gelernten Chicago-Boy, offen zur neoliberalen Agenda zurückkehren, Kurs auf die Einschränkung sozialer Rechte nehmen und eine drastische Einschränkung der Tätigkeit des Staates vornehmen. Auf der Tagesordnung stehen umfassende Privatisierungen. Die Öffnung Brasiliens gegenüber dem internationalen Kapital wird durch den Verkauf der Zentralbank (Banco Central) an die Bank of America, die Umorientierung der Entwicklungsbank BNDES auf Profiterwirtschaftung für Privatbanken, den Verkauf des Flugzeugunternehmens Embraer an Boeing und die Vergabe von weiteren Ölfeldern an US-Unternehmen erheblich erleichtert werden.

Drittens wird Bolsonaro mithilfe seines Justizministers Sergio Moro, der die Verurteilung Lulas als Richter der ersten Instanz betrieb, den Ausbau des Polizei- und Justizapparates vorantreiben.

Außenpolitische Zukunft

Nach Ansicht Bolsonaros muss „Brasilien sich von der globalistischen Ideologie befreien und im Geiste Jesu Christi den Kampf gegen den Globalismus führen, dessen einziges Ziel darin besteht, Mensch und Gott zu entfremden“. Konkret heißt das: Kampf gegen die bolivari-sche Revolution und das „maoistische China, das die Welt beherrschen will“. In diesem Sinne wurde der Außenminister, der Karrierediplomat Ernesto Araújo, nominiert. Dieser bezeichnetet die PT

als „terroristische Partei“ und ist überzeugt, dass „Trump und Bolsonaro den Westen retten werden“. Sein politisches Projekt heißt, sich „in der Politik und der Geschichte gegenüber der Anwesenheit Gottes zu öffnen.“ Bolsonaro wird mit seiner Regierung die „Außenpolitik von ideologischen Zügen“ befreien. Seine Äußerungen bezogen sich vornehmlich auf China, Kuba und arabische Staaten, die er als „terroristische Gefahr“ betrachtet. Er will Brasilien in der westlichen Welt verankern und auf Werte wie Familie und Gott aufbauen, um die westliche Welt vor dem Verfall zu retten. Zu Bolsonaros Plänen gehören etwa die Verlegung der brasilianischen Botschaft nach Jerusalem (nach Protesten arabischer Länder trat er den Rückzug an); der Aufbau neuer Beziehungen zu Israel (der Staat steht auf der Liste der zuerst zu besuchenden Länder nach Chile und den USA); die Positionierung gegen das „Dogma des Klimawandels“, womit die weitere Beteiligung Brasiliens am Pariser Klimaabkommen infrage gestellt wird. Ähnliche Äußerungen betreffen die Erhaltung des Amazonasgebiets. Für die Beziehungen Brasiliens zu Lateinamerika heißt das, in gemeinsamer Front mit Kolumbien – das inzwischen assoziiertes Mitglied der Nato ist – gegen Venezuela vorzugehen. Die kubanische Regierung hat die seit 2013 in Brasilien befindlichen 8000 Ärzte zurückberufen, nachdem herabwürdigende Äußerungen Bolsonaros zur deren Tätigkeit bekannt wurden. Bolsonaro wird offensichtlich auch die diplomatischen Beziehungen zu Kuba infrage stellen. Mit einer Orientierung auf die Öffnung Brasiliens gegenüber der Pazifischen Allianz wird die Zusammenarbeit mit Argentinien im Rahmen des Mercosur (Mercado Común del Sur, gemeinsamer Markt Südamerikas) hintangestellt. Mit dem Abschluss eines Freihandelsvertrages mit Chile noch durch



Temer wurde damit bereits begonnen.

Diese Politik ist auch gegen die Integrationsbestrebungen der latein-amerikanischen Länder gerichtet, die in Zusammenschlüssen wie der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) realisiert wurden. Zu China äußerte sich Bolsonaro folgendermaßen: „China kann uns mit seinen Kapitalinvestitionen nicht aufkaufen, aber die Handelsbeziehungen werden wir aufrechterhalten.“ Allerdings positionierte er sich gegenüber China, indem er während seiner ausländischen Werbetour Taiwan besuchte. Offen ist, wie sich die Beziehungen zu China gestalten werden, da das Land seit 2009 Hauptwirtschaftspartner Brasiliens ist. Sollte Bolsonaro dies einschränken wollen, muss er mit einer Reaktion des Agrarbusiness rechnen. Allerdings kann die Konkurrenzsituation USA – China in Brasilien schon mit der Wahl Bolsonaros vorzeitig entschieden sein. Darüber hinaus wird die Mitarbeit Brasiliens im Rahmen der BRICS infrage gestellt werden. Dieses Szenarium ist beunruhigend, denn nach Nixons Ausspruch gilt: „Wohin Brasilien geht, dahin geht auch der Rest Lateinamerikas.“ Es formiert sich eine neoliberalen, rechten Front, die sich beginnend mit Mauricio Macri in Argentinien über Chile, Peru und Kolumbien bis nach Mittelamerika erstreckt. Was Trump und andere Kräfte umtreibt, ist die bröckelnde Dominanz der USA in Lateinamerika. Die Existenz linksgerichteter Regierungen und Bewegungen war für die USA eine schwer hinzunehmende Situation. Die Monroe-Doktrin kann durch diese Entwicklungen eine Wiederbelebung erfahren. Es droht in Lateinamerika eine Welle politischer Destabilisierung und ökonomischer Zerrüttung.

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages gutachtet zur Anerkennung von Juan Guaidó als Venezuelas Interimspräsident

8.2. Der Abgeordnete Andrej Hunko hat die Wissenschaftlichen Dienste (WD) des Bundestages um eine Ausarbeitung zur Völkerrechtskonformität der Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó in Venezuela gebeten.

In seinem Gutachten stellen die WD fest, dass es im vorliegenden Fall „starke Gründe“ für die Annahme gibt, dass es sich bei der Anerkennung Guaidós um eine „Einmischung in innere Angelegenheiten“ handelt. Die Frage, ob diese als unzulässige Intervention zu bewerten ist, sei „durchaus berechtigt“.

Das Gutachten hebt hervor, dass für die Frage der völkerrechtlichen Zulässigkeit von großer Bedeutung sei, ob es sich um eine „vorzeitige Anerkennung“ handele. Diese liege vor, wenn eine Anerkennung erfolge, „bevor die neue Staatsgewalt sich endgültig durchgesetzt hat“. Das Urteil darüber, ob eine neue Staatsgewalt sich „endgültig durchgesetzt“ hat, sei allerdings von politischem Ermessen abhängig. Ob die „tatsächlichen Voraussetzungen“ für eine vorzeitige Anerkennung vorlägen, könne durch das Gutachten jedoch „mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zweifelsfrei festgestellt werden“. „Es bedürfte hier u.a. tagesaktueller Sachverhaltsermittlungen, wer zu welchem Zeitpunkt die effektive Kontrolle über die Staatsgewalt, einschließlich der Streitkräfte und des Sicherheitsapparates, ausübt.“

Andrej erklärt hierzu: „Aus meiner Sicht bestätigt das Gutachten, was wir seit Beginn der aktuellen Krise in Venezuela kritisieren: Die Anerkennung Guaidós stellt eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas dar und ist damit völkerrechtswidrig. Es ist völlig offensichtlich, dass Guaidó derzeit über keine reale Macht in Venezuela verfügt. Ihn als Präsidenten anzuerennen stellt einen verantwortungslosen Akt dar, der den ohnehin schon gefährlichen Konflikt weiter verschärft. Die Gefahr eines Bürgerkriegs oder einer Militärintervention ist real. Die Bundesregierung hätte vermitteln können. Stattdessen hat sie sich durch ihre einseitige Parteinahme für diese Funktion diskreditiert.“

**Gutachten zur Anerkennung des selbst-
ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó
in Venezuela, verfasst am 8. Februar 2019:**

[https://andrey-hunko.de/start/download/
dokumente/1301-wd-2-014-19-venezuela/file](https://andrey-hunko.de/start/download/dokumente/1301-wd-2-014-19-venezuela/file)

Grenzwertig: Die technische Überwachung der Industrie

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Wirtschaftlich gesehen ist Umgebungs- luft zunächst ein freies Gut. Bereitstellungskosten fallen nicht an. Der Zugang ist unerschöpflich. Luft kann nicht ange- eignet und folglich nicht verkauft werden. Das gilt, so lange der Gebrauch der Luft durch technische Prozesse die Eigen- schaften des Gesamtvorrats nicht verän- dert. Diese Voraussetzung stimmt nicht mehr, und deswegen ist eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen entstanden, die die Verwendung von Umgebungsluft einschränken.

Verbrennungsmotoren brauchen Sauerstoff und den Sauerstoff aus der Luft. Dieselmotoren arbeiten mit so hoher Verdich- tung, dass beim Verbrennungsvorgang nicht nur der Sauerstoff der Luft reagiert, sondern auch der dort vorhandene Stick- stoff. Mit der Abluft gehen Stickoxide in die Umgebungsluft. Auch die vorindus- trielle Luft war von Stickoxiden nicht frei. In technikfernen Berglagen werden heute Monatsmittelwerte um $4.5 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gefunden. Das ist ungefähr ein Zehntel der umstrittenen Grenzwerte. Die Ver- weildauer dauer von Stickoxiden im Luft- raum ist kurz, sie wird nach Stunden und Tagen gemessen. Das ist nicht umstritten und bedeutet, dass ein Stopp von NOx-erzeu- genden Prozessen sich unmittelbar auf die Luftqualität auswirkt.

So stellt sich der Gesetzgebung eine Güterabwägung: Zwischen dem Nutzen, den die Industrie und Nutzer aus dem Gebrauch der Um- gebungsluft ziehen, und dem Schaden, der dabei für der Allgemeinheit entsteht. Solche Entscheidungssituationen sind in unserer reifen Industriegesellschaft nicht selten. Als das mit dem Einsatz von Asbest als Werk- und Baustoff verbundene Krebsrisiko entdeckt wurde, kam es zum Verbot. Der Einsatz der Fluor-Chlor- Kohlenwasserstoffe (FCKW) als Treib- mittel in Spraydosen und Betriebsmittel von Kühlchränken wurde 1987 in einem multilateral vereinbarten völkerrechts- verbindlichen Umweltabkommen – es war das erste überhaupt – verboten, weil die Ozon-Schutzzschicht der Atmosphäre gefährdet wurde.

Für diese beiden Stoffe konnte ein Grenzwert = Null durchgesetzt werden, weil sie durch andere ersetzt werden kön- nen. Dieser Weg ist bei den NOx-auswer- fenden Verbrennungsmotoren technisch gangbar, aber teuer. Muss es sein? Sind die

NOx-Gase wirklich so schädlich?

Anders als beim Asbest, wo letzten Endes am traurigen Beispiel konkreter Erkrankungen gezeigt werden konnte, dass diese Fasern und Stäube die Er-krankung ausgelöst hatten, erhöht die NOx-Belastung das allgemeine Risiko von Erkrankungen z.B. des Kreislaufs und der Atemwege und verschlechtert deren Verlauf. Ein derartiger Wirkungs- zusammenhang ist in der unmittelbaren Arzt-Patientenbeziehung nicht sichtbar. Beim Zigarettenrauchen hat es z.B. Studien mit Hundertausenden von Probanden und über Jahrzehnte gebraucht, bis die Schädlichkeit nicht mehr zu leugnen war. Eine solche restlose Klarheit würde sich auch beim NOx-Gehalt der Umgebungsluft erst mit der Zeit einstellen. Da jedoch bereits seit den Anfängen der Freisetzung nitroser Gase durch technische Prozesse gesundheitsschädliche Effekte bekannt sind, genügten der Weltgesundheitsorgani- sation WHO und in der Folge auch der EU die Hinweise, dass auch kleine Konzentrationen, wenn sie dauerhafter Bestandteil der Umgebungsluft sind, schaden.

Man stellt sich den jetzigen Wert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jah- resdurchschnitt am besten als Ziel- vorgabe vor. Die Politik ging davon aus, dass die Abgabe von NOx durch Verbrennungsmo- toren in absehbarer Zeit sehr verringert würde. Diese An- nahme konnte sich auf die Angaben der Hersteller von Die- selfahrzeugen stützen. Hätten diese An- gaben gestimmt, so wäre wohl die Belas- tung der Luft im vorgegebenen Zeitraum unter den Grenzwert gesunken. Das war jedenfalls der Plan der Behörde und üb- rigens auch die Hoffnung der Städte. Der Streit um die Grenzwerte wird sich nicht „wissenschaftlich“ lösen. Weniger NOx in der Umgebungsluft ist allemal besser als mehr. Der 40er-Grenzwert zieht der Nutzung der Atemluft durch technische Pro- zesse eine Grenze. Diese Prozesse kön- nen verbessert oder durch andere ersetzt werden. Die interessante Frage ist: Wer haftet, wer zahlt? Bekanntlich brauchen Automobilmodelle eine Zulassung. Wenn die Zulassung unter falschen Angaben erschwindet werden konnte, hat der Staat ver- sagt, um genauer zu sein, die beauf-tragten technischen Prüfeinrichtungen, zu Deutsch: der TÜV. Eine Reform dieser Prüfeinrichtungen wird dringlich.



Dampfkesselplosion 1881. Lithographie des Bayerischen Dampfkessel-Revisionsvereins – Vorläufer des TÜV. Der Verein wurde von den Dampfkesselbetreibern kontrolliert, nicht etwa von den Herstellern.

selfahrzeugen stützen. Hätten diese An- gaben gestimmt, so wäre wohl die Belas- tung der Luft im vorgegebenen Zeitraum unter den Grenzwert gesunken. Das war jedenfalls der Plan der Behörde und üb- rigens auch die Hoffnung der Städte. Der Streit um die Grenzwerte wird sich nicht „wissenschaftlich“ lösen. Weniger NOx in der Umgebungsluft ist allemal besser als mehr. Der 40er-Grenzwert zieht der Nutzung der Atemluft durch technische Pro- zesse eine Grenze. Diese Prozesse kön- nen verbessert oder durch andere ersetzt werden. Die interessante Frage ist: Wer haftet, wer zahlt? Bekanntlich brauchen Automobilmodelle eine Zulassung. Wenn die Zulassung unter falschen Angaben erschwindet werden konnte, hat der Staat ver- sagt, um genauer zu sein, die beauf-tragten technischen Prüfeinrichtungen, zu Deutsch: der TÜV. Eine Reform dieser Prüfeinrichtungen wird dringlich.

Das Recht auf Kinderbetreuung förderte die Gleichberechtigung auf den Arbeitsmärkten

VON JUHANI LOHIKOSKI, HELSINKI

In Finnland ist die Verstädterung ab 1960 schnell voran geschritten, und gleichzeitig begann der zielsstrebig Aufbau des finnischen Wohlfahrtsstaates. Eine der zentralen Neuerungen war in diesem Zusammenhang das zu Beginn der siebziger Jahre verabschiedete „Gesetz über die Kinderbetreuung“.

In den sechziger Jahren befand sich die finnische Gesellschaft in einem großen Umbruch. Noch zwei Jahrzehnte zuvor war Finnland ein stark von der Landwirtschaft geprägtes Land. Ungefähr die Hälfte aller Finnen arbeitete in der Primärproduktion, und etwa drei Viertel der Bevölkerung unseres Landes wohnte in ländlichen Gebieten.

Wichtige industrielle Bereiche gab es in Forstwirtschaft, Metallverarbeitung und Textilindustrie. Infolge der Verstädterung gab es auch im Baugewerbe viele Arbeitsplätze. Im Dienstleistungssektor bestand Bedarf an Arbeitskräften im Transportwesen, im Handel und in der Verwaltung. Der noch bescheidene öffentliche Sektor beschäftigte unter anderem Lehrkräfte, Ärzte und Polizisten. Auch die Bahn war damals ein ausgesprochen großer Arbeitgeber.

Aufgrund der Technisierung in der Land- und Forstwirtschaft sank der Bedarf an Arbeitskräften, viele Kleinbetriebe rentierten sich nicht mehr. Gleichzeitig begann die Industrie, Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum in die Städte abzuziehen. Mit der Schwächung der Stellung von Kleinbetrieben wanderten junge Menschen auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Städte. Im Zeitraum 1950 bis 1960 ging die Bevölkerungszahl auf dem Land in Millionenhöhe zurück. Im Jahr 1970 wohnte weniger als die Hälfte der finnischen Bevölkerung auf dem Land.

Die Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt wird gestärkt

Der finnische Wohlfahrtsstaat nahm im Wesentlichen zwischen 1950 und 1970 Gestalt an. In dieser Zeit wurde die Sozialversicherungspflicht eingeführt und auch das Angebot an Sozial- und Gesundheitsdiensten erheblich erweitert.

Hintergrund der Erneuerung war nach einer langjährigen Spaltung die Einigung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sowie der Wahlsieg der Linksparteien bei den Parlamentswahlen Ende der sechziger Jahre.

In der Folge entstand auch eine der

wichtigsten familienpolitischen Neuerungen der siebziger Jahre: das im Jahr 1973 verabschiedete „Gesetz über die Kinderbetreuung“.

Frauen waren bereits seit Beginn der Industrialisierung am Ende des 19. Jahrhunderts am Erwerbsleben beteiligt gewesen. Frauendomänen waren zum Beispiel die Streichholz- und Textilindustrie. In der Anfangsphase der Industrialisierung schieden die Frauen jedoch üblicherweise mit der Familiengründung aus dem Arbeitsleben aus. Gesellschaftliche Umstrukturierung und Verstädterung führten zu einem wachsenden Arbeitskräftebedarf in Dienstleistungs- und Wirtschaftszweigen mit überwiegend weiblichen Beschäftigten sowie im öffentlichen Sektor. Hierdurch entstand der Bedarf, eine Kinderbetreuung einzurichten. Der Zeitraum, in dem Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen musste verlängert werden.

Die politischen Parteien hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen zur Or-

richtete Sammlungspartei schlug Steuererleichterungen zur Finanzierung einer Haushaltshilfe vor.

Die Organisation der Kinderbetreuung war ein drängendes Problem in den Familien der Arbeiterklasse, wo beide Eltern der Erwerbsarbeit nachgingen und die Mittel der Erziehungsberechtigten für die Bezahlung einer Kinderbetreuung nicht ausreichten. Frauen standen unter dem Druck, wenn irgendwie möglich, zu Hause zu bleiben und die Kinder zu betreuen. Verschiedene Berufszweige und Bürgervereinigungen machten mit unterschiedlichen Petitionen und Demonstration am Ende der sechziger Jahre massiv auf diesen Missstand aufmerksam.

In dieser gesellschaftlichen Situation entstand das Kinderbetreuungssystem. Die Kinderbetreuung wurde zu einer der zentralen gesellschaftspolitischen Maßnahmen, um die Verhältnisse der finnischen Gesellschaft in einem Finnland mit rasch voranschreitender Verstädterung auf eine vernünftigere Basis zu stel-



Demonstration in Helsinki im Jahr 1968 für eine kommunale Kinderbetreuung. Foto: Nationalarchiv

ganisation der Kinderbetreuung. Häufig drehten sich die Diskussionen um die Streitfrage, wer Anspruch auf die kommunale Kinderbetreuung haben sollte. Einige waren der Meinung, dass die Höhe des Einkommens Einfluss darauf haben sollte, ob die Familien einen Platz in der kommunalen Kinderbetreuung erhalten, andere wieder drängten die Mütter zurück in den Haushalt. Die linksgerichteten Parteien unterstützten vehement eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung, die Zentrumspartei vertrat ein Kinderbetreuungsgeld für Mütter, die Kinder zu Hause betreuten, und die rechtsge-

len. Die Ideologie hinter der Entstehung der „Dienstleistung Kinderbetreuung“ war stark durch arbeits- und sozialpolitische, aber auch durch Aspekte des Kinderschutzes geprägt.

Vorrangig als Antwort auf die Bedürfnisse der Beschäftigungspolitik konzipiert, beeinflusste die Entstehung des Kinderbetreuungssystems das Wirtschaftswachstum der Gesellschaft sowie insbesondere die Teilnahme der Frauen am Arbeitsleben und die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten. Es förderte die Gleichberechtigung in der finnischen Gesellschaft.

„Yhdistys 9“ fordert Gleichstellungsdebatte

VON JUHANI LOHKOSKI, HELSINKI

Die sechziger Jahre sind in Finnland eng mit der lebhaften Diskussion über die Gleichstellung der Geschlechter verbunden.

„Im Sommer 1965 hatten Kati Peltola und Ritva Majuri die Absicht, im Restaurant Vanha ein Bier zu trinken. Der Türsteher – Fürst der Eingangstür – kannte seine Anweisungen: Keine Frauen ohne männliche Begleitung! Unzählige weibliche Patrouillen hatten in der letzten Zeit systematisch die Nerven des Berufsstandes getestet, indem sie sich festlich gekleidet und ausgiebig und mit Nachdruck argumentierten. Der Türsteher, Wachhund der Türschwellen, bellte auch jetzt zurück, bis die Frauen schließlich kapitulierten.“

Jetzt ist für Kati das Maß voll. Etwas muss geschehen. – „Eine Vereinigung muss her!“

Johan von Bonsdorff erzählt in seinen Memoiren* anschaulich, wie alltäglich die Vorurteile gegenüber Frauen in den sechziger Jahren waren. Obwohl die Welt sich in vielerlei Hinsicht veränderte, überdauerten doch viele altmodische Gedanken und behielten ihre Gültigkeit in den Köpfen der Menschen und vor allem in den Amtsstuben der Behörden. Ihre persönlichen Erfahrungen motivierten die Frauen zur Gründung einer neuen gesellschaftspolitischen Organisation.

In den Zeitschriften der neuen Linksbewegung wurde angeregt über die Geschlechterrollen debattiert, und im Februar 1966 wurde in einem vollbesetzten Saal die Yhdistys 9 in Helsinki gegründet.

Yhdistys 9 forderte die volle gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau. Die Vereinigung lehnte die Unterordnung der Frau ab, aber auch besondere Freistellungen oder Vorrrechte – die Vorstellung politischer Frauenorganisationen, es gäbe in der Politik spezifische „Frauenangelegenheiten“, wurde entschieden zurück-

Vor der Gesetzesreform war die Zahl der Kinderbetreuungsplätze begrenzt gewesen, und dies hatte den Übergang in das Erwerbsleben für Frauen erschwert. Das 1973 in Kraft getretene Gesetz über die Kinderbetreuung verpflichtete die Kommunen dazu, die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen sicherzustellen, wodurch sich innerhalb von wenigen Jahren die Zahl der Betreuungsplätze mehr als verdoppelte.

Das Kinderbetreuungsgesetz beendete auch eine andere Phase in der Geschich-



Auf der Titelseite der finnischen Sozialdemokraten wird der „Yhdistys 9“ am 15. Februar 1966 vorgestellt. Die erste Pressekonferenz des Vereins wird von Kimmo Leppo, Kati Peltola, Ritva Turunen, Klaus Mäkelä und Margaretha Mickwitz vertreten. Arbeiter-Archiv.

gewiesen. Die traditionellen Frauenorganisationen duldeten wiederum keine Demontage des Muttermythos. Ihrer Meinung nach war das Vorrecht der Mutter in der Kindererziehung unanfechtbar.

Im Zuge der Gleichstellungsdebattenaten sich sowohl die in der Arbeiterbewegung als auch in der breiteren Zivilgesellschaft gegründeten Frauenorganisationen stark hervor, um auf Verbesserungen in der Gleichstellungsfrage hinzuwirken.

Die neue Linksbewegung diskutierte ausgiebig darüber, ob das Bestehen unterschiedlicher Frauenorganisationen eine gute Sache wäre. Als problematisch wurde die Frage empfunden, wie auch Männer beteiligt werden könnten, die den Wunsch verspürten, sich für die Gleichberichtigung einzusetzen.

Yhdistys 9 verfolgte von Anfang den Grundsatz, Männer zu beteiligen, und ihre Beteiligung war tatsächlich auch erwünscht. Anfragen wurden positiv aufgenommen. Ein Drittel der Mitglieder der Vereinigung waren dann auch Männer. Im Vorstand fand man sie ebenfalls, und phasenweise übernahmen sie auch die Aufgabe des Vorstandsvorsitzenden.

te der Früherziehung unseres Landes – die traditionellen Bezeichnungen für die Betreuungseinrichtungen unterschiedlicher Altersgruppen, wie Kindergarten oder Krippe, wurden durch den einheitlichen Begriff „Kindertagesstätte“ (päiväkoti) ersetzt. Gleichzeitig verbesserten sich auch die Betreuungsbedingungen, die über lange Zeiträume nicht einheitlich geregelt und von höchst unterschiedlicher Qualität gewesen waren: zum Beispiel wurde die Qualität der privaten Betreuung durch Tageseltern (per-

Yhdistys 9 hat auch das Arbeitsleben nicht vergessen. Durch eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollten Verbindungen zur organisierten Arbeiterschaft aufgebaut werden. Ziel war es, die Stellung der Frau sowohl im Arbeitsleben als auch in der Gewerkschaftsbewegung zu stärken.

Gleichberechtigung und Fragen des Be- rufslebens standen im Mittelpunkt, als die Aktiven von Yhdistys 9 Ende der sechziger Jahre auf einer Demonstration in Helsinki die kommunale Familientagespflege forderten.

Yhdistys 9 ließ in seiner Tätigkeit etwas nach, als spürbar wurde, dass die eigenen Maßnahmen zum Erfolg führten und die Forderungen in die Parteiprogramme und in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse aufgenommen wurden. Viele Aktive der Bewegung begannen, sich in der Parteipolitik zu engagieren. Zeitgleich entstand 1972 zur weiteren Förderung der Gleichberechtigung der staatliche Beraterausschuss für Gleichstellungsfragen.

* Bonsdorff, Johan: *Kun Vanha vallattiin*. Tammi, Helsinki 1986, S. 166

hepäiväkoti) von keiner amtlichen Stelle überprüft. In der Vergangenheit wurde nur im Kinderschutzgesetz darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der Kommunen sei, die Tagesbetreuung bedarfsgerecht zu regeln.

Mit der Gesetzesreform entstand Raum für den neuen Gedanken, dass auch Frauen berechtigt sind, eine berufliche Laufbahn zu wählen, und Kinder ein Recht auf gute, fördernde und hochwertige Betreuung außerhalb der häuslichen Umgebung haben.

Inhalt**Aktuelles**

Mannheim: Abschiebepolitik Seehofers greift durch gegen Kinder und Frauen • Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit • „YA ME YE“ – HDP will aus den Kommunalwahlen ein Referendum zur Demokratie machen • Demo gegen Diesel-fahrverbote in Stuttgart

2

Brexit ist auch eine Verfassungskrise

4

Mit der irischen Insel werden die Weichen für die Zukunft des Vereinigten Königreiches gestellt • Konkurrenz um Krone und Gebietsherrschaft

Gelbwesten: Kein Ende der Krise in Sicht

6

Jacques Lévy. Die Vernachlässigung der Randgebiete ist eine Legende

Aktionen - Initiativen

8

Kohleausstieg ist beschlossen: Greenpeace • BUND-Sondervotum • IGBCE: Echte Erfolge – echte Lasten • Keine Abschiedsgeschenke auf Steuerzahlerkosten für Kohlekonzern

Die Linke Mannheim im Kommunalwahlkampf: Alle reden vom Wohnen ...

10

Kommunale Politik: Wohnungspolitik

12

Harzer Linke begrüßt Grundsatzurteil zu Wohnkostenzuschüssen • Umsetzung von Sofortmaßnahmen zur Wohnungsnotfallhilfe: Leipzig • Linke startet Plakataktion gegen Geschäftsgebaren der Vonovia Dresden • Grundsteuer-Kompromiss wird Mieten in Frankfurt weiter steigen lassen • CDU, Grüne, AfD und FDP verhindern bezahlbare Wohnungen der Degewo in Zehlendorf. • Die Linke begrüßt neue Sozialbauquote: Lübeck • Sozialmieten müssen mit Hartz IV abgedeckt werden: Essen • Linke fordert qualifizierten Mietspiegel: Lüneburg • Winter fordert ersten Kältetoten in Hannover • Flächen für bezahlbares Wohnen mobilisieren. Berlin

EFBH schließt erste Vereinbarung mit europäischem Arbeitgeberverband ab

14

Formaldehyd in der Plattenproduktion

Tarife Öffentlicher Dienst Länder: Zweite Verhandlungsrunde gescheitert

15

Rechte Provokationen – Demokratische Antworten

16

Das RomArchive

16

Warfleth: Ein Konzert für Europa!

18

Brasilien nach der Wahl Bolsonaros

19

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages gutachtet zur Anerkennung von Juan Guaidó als Venezuelas Interimspräsident

Grenzwertig: Die Technische Überwachung der Industrie

21

Kalenderblatt Finnland: Das Recht auf Kinderbetreuung förderte die Gleichberechtigung auf den Arbeitsmärkten

22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 14. März 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 8. März. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Erklärung für ein konkretes Recht auf Wohnraum in ganz Europa

Seit vielen Jahren veranstaltet die GUE-NGL-Fraktion im Europaparlament ein jährliches Treffen mit REALPE, dem europäischen Netzwerk fortschrittlicher lokal gewählter Vertreterinnen und Vertreter. In diesem Jahr fand es am 7. und 8. Februar statt. Der erste Konferenztag schloss mit einer gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer*innen „Für ein konkretes Recht auf Wohnraum“

Dem Zugang zu Wohnraum steht ein bei-spielloser Angriff durch eine neoliberalen und kapitalistische Politik entgegen, die alles mit dem Gesetz des Marktes regeln will.

Obwohl die EU-Grundrechtecharta das „Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen“ anerkennt, gibt es derzeit Millionen von Menschen, die sich in einer Situation sozialer Ausgrenzung befinden. Frauen, große Familien, Alleinerziehende und Migrant*innen sind besonders schlecht dagegen geschützt.

Während in ländlichen Gegenden die Innenstädte brachliegen, warten in Großstädten Zehntausende Menschen darauf, eine Sozialwohnung beziehen zu können. Gleichzeitig stehen Hunderttausende Wohnungen derzeit leer und Spekulationen werden zur Norm. Verdrängung und Zwangsräumungen vervielfachen sich, vor allem auch, weil Hypothekenfonds und Großkonzerne wie AirBnB Wohnraum zum Spekulationsobjekt machen, ohne dafür Steuern zu zahlen.

Wir, die Teilnehmer der REALPE-Jahrestagung, die gewählten Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertreter und die Europaabgeordneten, die wir heute Zeugen einer erneuten Krise sind, erklären:

- Der Zugang zu Wohnraum muss als grundlegendes und unveräußerliches

Recht garantiert werden.

- Aus diesem Grund muss Wohnraum aus dem ultra-liberalen System von Markt und Spekulationen herausgenommen werden durch ein Mietenkontrollsystem, die Verpflichtung, langfristig leerstehende Wohnungen zu beschlagnahmen sowie das Verbot von Zwangsräumungen kleiner Wohnheime.
- Die Entwicklung des öffentlichen Wohnungsbau und sozialen Wohnens in Europa müssen Priorität haben, nationale und europäische öffentliche Mittel, die in den Bau und die Sanierung von Gebäuden im sozialen Wohnungsbau investiert werden, müssen verstärkt werden.
- Es braucht verbindliche Rechtsvorschriften gegen Finanzspekulation und Steuerhinterziehung, insbesondere durch Hypothekenfonds und multinationale Unternehmen wie AirBnB.
- Die Bekämpfung von Gentrifizierung, sozialer Segregation und Verödung in ländlichen Gebieten muss durch den Aufbau einer echten sozialen Vielfalt und den Wiederaufbau von Gebäuden geleitet werden.

Dader Zugang zu Wohnraumeine Grundbedingung für die Würde des Menschen ist, haben wir uns verpflichtet, diese Kämpfe überall in Europa zu führen.

<https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12151.realpe-2019.html>

Termine

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation**13. und 14. April 2019 in Mannheim, Jugendherberge.**

Themen (Arbeitstitel, genauere Angaben in der nächsten Nummer der Politischen Berichte): • Der deutsch-französische Motor für die EU • Legal–illegal–scheißegal“ (Positionen zum Thema Rechtsstaat)

Um Anmeldungen wird gebeten an: alfred.kuestler@gnn-verlage.com mit Angabe ob Übernachtung benötigt wird.

Emanzipatorische Arbeitspolitik**11. und 12. Mai 2019 in Sprockhövel, Bildungszentrum der IG Metall**

Thema: Veränderungen in den beruflichen Anforderungen (duales System der Berufsausbildung).

Um Anmeldung wird gebeten bei: rgehring@efbh.be

Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung**8. bis 10. August 2019 in Erfurt, Jugendherberge**

Themen: Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus. Das christliche Menschenbild und die konservative Abgrenzung zum Nationalismus. Das politische Leitbild der Emanzipation.